

zu leisten. Das Proletariat hat seine moralische Überlegenheit kund, indem es gegen diese Haltung protestiert.

Der nun folgende Redner ward systematisch von den Anarchisten unterbrochen, welche sich wieder in der Nähe der Tribüne in kleinen kompakten Gruppen versammelt hatten. Nach einem kurzen Kreuzfeuer von Zwischenrufen, Interpellationen und Antworten schwang sich einer der anarchischen Hauptkämpfer auf die Rednertribüne und überschüttete trotz des allgemeinen Protestes, „sein Anarchist, wir wollen keine Anarchisten hören“, das enttäuschte Publikum mit den Dynamitbläthen anarchischer Beredsamkeit und den bekannten Stimbomben gegen die Sozialisten aller Schulen, die „Autoritäre, Reaktionale zc.“ Als weitere anarchische Redner das Wort ergreifen wollten, erhob sich der allgemeine Ruf: „Werft die Anarchisten hinaus“, „hinaus mit den Polizisten“. Die Anarchisten suchten als Antwort die Rednertribüne zu erklimmen, wurden aber von den Blanquisten kräftig abgewiesen. Nun kam es zu einem allgemeinen Handgemenge, in welchem die Stühle zerbrochen, die Glasglocken der Gasflammen zertrümmert und zu Wurfgeschossen benutzt wurden. Verschiedene Anarchisten waren mit Todtschlägern und Säbden mit Bleischnitten bewaffnet, es war also augenscheinlich, daß sie nicht zur Abwehr, sondern mit Vorbedacht handelten. Auf beiden Seiten ging es nicht ohne blutige Köpfe ab, und mehreren Leuten waren lachend die Kleider vom Leibe gerissen. Der Wirth des Saales drehte schließlich das Gas aus und schickte nach der Polizei, die jedoch erst gegen Schluß des Tumultes ankam und denselben mit offenbarem Behagen zusah. Es ist ungemein charakteristisch, daß die Polizei, die doch sofort bei der Hand ist, die „bedrohte öffentliche Ordnung zu wahren“, sobald ein Haufe streifender Arbeiter ruhig und geordnet durch die Straßen zieht, sich dem Madau der Anarchisten gegenüber durchaus passiv, man ist versucht zu sagen, wohlwollend verhält. Die Sozialisten sind übrigens weit entfernt, diese Thatsache zu beklagen, sie konstatiren dieselbe einfach, um die „Ordnungsbahn“ der Polizei und das „Herrscherthum“ etlicher anarchischer Führer, welche sich als Ultrarevolutionäre blähen und naive Leute leitbahnen, in die rechte Beleuchtung zu rücken. Was die systematischen Störungen ihrer Versammlungen anbelangt, so werden sie mit der Zeit lernen, Ordnung und Ruhe zu sichern, trotz der polizeilichen Vorder- und Hintermänner. Die Blanquisten haben übrigens schon bewiesen, daß sie dies verstehen. Trotz des hartnäckigen Widerstands wurden die Anarchisten aus dem Saale gebracht, das Gas ward wieder angezündet und der Präsident ließ die Tagesordnung votiren.

Die Versammlung erklärt in derselben ihre Solidarität mit den Sozialisten und Proletariern aller Länder, ihren ausgesprochenen Willen, den internationalen Frieden durch die Vereinigung aller Völker und zum Besten der sozialen Emanzipation aufrecht zu erhalten. Sie protestirte ferner gegen die Verletzung des Asylrechts und dagegen, daß sich die französische Regierung zum Diener des politischen Despotismus des Paries gemacht hat.

Der Tumult des Protestmeetings hat übrigens ein nicht weniger tumultuöses und standalöses Nachspiel gehabt.

Die von Roques herausgegebene „Egalité“, welche bisher ziemlich starke Zählung mit den Anarchisten hatte, in der jedoch die sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ dominiren, brachte einen durchaus objektiv gehaltenen Bericht über das Treiben der Anarchisten im Salle du Commerce. Der Schluß dieses Berichtes lautet: „Wenn sich die Anarchisten wie Banditen benehmen, so müssen sie gemäßigt sein, auch wie Banditen behandelt zu werden.“ Diese Aeußerung mußte, zumal von befreundeter Seite fallend, hart erscheinen, war aber nur gerecht. Infolge dieses Berichtes, welcher in der Sonntagsnummer der „Egalité“ erschienen, begaben sich zierlich vierzig Anarchisten, darunter mehrere Frauen, Sonntags Nachmittags in die Redaktion des genannten Blattes. Hier waren gerade nur zwei Mitarbeiter der „Egalité“, Odin und Leparia, anwesend. Beides sind kleine, schwächliche Leute. Die noblen Herren Anarchisten, welche die ganze Gesellschaft erst mit Dynamit zertrümmern und dann mit lauter „Moral“ in „unbeschränkter Freiheit des Individuums“ zusammenkollern wollten, stießen nun in höchst unnöthiger Weise über die beiden Männer her. Das aus der unbeschränkten Freiheit des Individuums resultirende Recht, hinderliche und unbehagliche andere Individuen zu unterdrücken, feierte glänzende Triumphe, allerdings nicht ohne daß die Knäuel der Einbrecher den unbewaffneten Odin und Leparia gegenüber eine „souveränen autoritären“ Sprache redeten. Odin ist von der Verbrecherbande derart zugerichtet worden, daß sich seine Ueberführung in ein Hospital als nöthig erwies. Mit diesem Akt brutalster Barbarei war übrigens der Bericht noch nicht geföhnt. Wie eine Horde Vandalen ergossen sich die Anarchisten in die Redaktionslokalitäten der „Egalité“ und zertrümmerten hier Alles, was nicht ganz niel- und nagelfest war. Triumphirend über die vollbrachte Heldenthat zogen sie dann ab. Ehe Odin in einer großen Blutlache bewußtlos zusammengebrochen, hatte er zum Fenster heraus um Hilfe rufen können. Die Polizei erschien auch diesmal wieder post festum und verhaftete — eine Frau. Obgleich Odin mehrere der anarchischen Unholde erkannt und genannt hat, sind dieselben bis dato noch nicht zur Verantwortung gezogen und spazieren frei herum. Die Anarchisten — bewußt oder unbewußt, es giebt be- kanntlich unter ihnen die beiden Kategorien der Dynamitschuste

und der Dynamitfessel — arbeiten der Polizei zu trefflich in die Hände, als daß sie sich durch deren Maßregelung in das eigene Fleisch schneiden könnte. Wie die Verhältnisse liegen, kann die Polizei ohne Anarchisten nicht bestehen, wie auch die Anarchisten nicht ohne Polizei bestehen können.

Abgesehen von der Bourgeoispresse, welche sich beim Madauwerk der Anarchisten frohlockend die Hände reibt, ist die Entrüstung über das Treiben der Brüder, welche den Sozialisten gegenüber so wild, der Polizei gegenüber so zahm sind, daß sie ihr aus der Hand fressen, allgemein und tief.

So bedauerlich auch die betreffenden Vorgänge sind, weil sie von der Bourgeoisie ausgenutzt werden und weil sie ganz besonders im aktuellen Augenblick die Protestbewegung zu hemmen suchen, so werden sie doch nicht ohne gute Folgen für die sozialistische Arbeiterbewegung bleiben. Sie werden einer großen Anzahl von naiven, hitzigen Leuten, welche in dem Wahne leben, die Anarchisten seien die wahren „Vollblutrevolutionäre“, der äußerste und sorgfältigste Flügel der sozialistischen Bewegung, die Augen über Charakter und Werth der Herren Phrasenritter öffnen. Die Thatsachen geben hoffentlich besonders den hiesigen unabhängigen Sozialisten eine gute Lektion. Diese sind der Mehrzahl nach gute Leute, aber schlechte Mustanten, eheliche, wohlmeinende Männer, aber sehr unklare und verworrene Köpfe, über die die revolutionäre Phrase noch einen unwiderstehlichen Zauber ausübt. In ihrer Unklarheit, ihrem Unverständnis der Theorie und der Nothwendigkeit der Organisation liegt eine gewisse Wahlverwandtschaft mit den Anarchisten. Sie bildeten sich ein, daß die Sozialisten mit diesen gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind marchiren könnten. Es wird ganz wesentlich zur Klärung der französischen Bewegung beitragen, wenn durch die Thatsachen bewiesen wird, daß auch im Kampfe gegen die heutige Gesellschaft kein Hand in Hand gehen zwischen Sozialisten und Anarchisten möglich ist.

Politische Ueberflucht.

Herr Miguel hat es erreicht, er ist an Stelle des Herrn v. Scholz preussischer Finanzminister geworden. Der geistreiche „Reichsanz.“ veröffentlicht die Genehmigung des Abschiedsgelohnes des bisherigen und die Berufung des neuen Finanzministers. Die Nationalliberalen werden nicht wenig stolz darauf sein, daß einer ihrer ewigen Ministerkandidaten nun glänzend unter Dach und Fach gekommen ist.

Die „Alten“ und die „Jungen“. In dem Berliner Tageblatt von vorgestern finden wir folgende Notiz (natürlich mit obligater Felt- und Sperrchrift):

Aus Weimar schreibt man uns mit Bezug auf den signalisirten Verzehungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Partei: Letzten Sonntag, den 15. Juni, fand im Schießhause zu Weimar eine sozialdemokratische Versammlung beifalls Beschlusfassung über das Verhalten der Partei nach Ablauf des Sozialistengesetzes statt. Unter Anderem führte da auch einer der Redner aus, daß die Partei heutzutage sich nicht mehr so sehr auf die Alten und deren veraltete Anschauungen stützen müsse, als vielmehr auf die fortgeschrittenen Ansichten und die entschiedene Propaganda der Jungen. Er wurde zwar von Herrn Reichhaus, einem der hervorragendsten Führer der sozialdemokratischen Partei in Thüringen, der ja auch bekanntlich als Kandidat zur letzten Reichstagswahl aufgestellt war, sehr energisch abgelehrt, indem von diesem gesagt wurde, daß die Kraft der Partei nach wie vor einzig auf dem sozialdemokratischen Gedanken beruhe, daß es in der Vertretung dieses Gedankens keine Jungen oder Alten geben dürfe, und daß gerade Männer wie Lassalle auch heute noch immer diejenigen seien, deren Werke die Grundlage und stets frische Nahrung dieses Gedankens seien, und von denen die junge Generation auch in alle Zukunft zu lernen haben werde. Dem gebachten früheren Redner war aber ein so vielseitiger und lebhafter Beifall zu Theil geworden, daß die Zustimmung, die Herr Reichhaus für seine Rede erntete, kaum viel allgemeiner und nachdrücklicher erschien.

Es ist merkwürdig, mit welcher Beharrlichkeit die Bourgeoispresse — namentlich die fortschrittliche — sich selbst und ihre Leser über unsere Partei zu täuschen sucht. Oder auch nicht merkwürdig, denn die fortschrittliche Presse hat so viel vor der eigenen Thür zu setzen, daß sie sehr guten Grund hat, die Aufmerksamkeit abzulenken. Ohne auf den bekannten Diebeskniff zu verweisen, daß der verfolgte Dieb am lautesten: Haltet den Dieb! ruft, braucht man ja nur an die jüngsten Ständale und Kabbalgereien innerhalb der freisinnigen Partei zu erinnern und wie sie nur mühsam und nur für den Moment zusammengeleimt worden ist. In diesem taktischen Interesse, die Aufmerksamkeit von der eigenen Blöße abzulenken, kommt noch die bodenlose Un-

wissenheit, durch welche die Fortschrittspartei in allen die soziale Frage und die Arbeiterbewegung betreffenden Dingen sich auszeichnet. Von dem Standpunkt ihres beschränkten Manchestertums ist sie unfähig, das Wesen einer Partei zu erfassen, die ausschließlich von Prinzipien und der wissenschaftlichen Wahrheit geleitet wird, und zu erfassen, daß Streitigkeiten um die Führerschaft, wie zwischen Kiecker und Nicker (beides Männer der freien Konkurrenz, auch auf politischem Gebiet), überhaupt persönliche Streitigkeiten einfach unmöglich sind in einer Partei, welche prinzipiell, ohne der Individualität zu nahe zu treten, das Individuum unter die Gesamtheit stellt, und das Parteiinteresse allen persönlichen Interessen, Wünschen und Strebungen überordnet.

In der sozialdemokratischen Partei giebt es Meinungsverschiedenheiten, die Geister plagen fortwährend, — mitunter sogar heftig — aufeinander, allein das ist die natürliche Bethätigung des Lebens — wäre es anders, so wäre unsere Partei ein fauler, stagnirender Sumpf. — All dieses Ringen und Kämpfen der Geister wird aber scharf umgrenzt von den Demantreisen des Prinzips mit der wissenschaftlichen Mehrheit. Was innerhalb dieses Reifens ringt und kämpft, gehört zur sozialdemokratischen Partei — was über ihn hinausgeht, das gehört nicht mehr zur Partei.

„Radikal“ oder „gemäßigt“ — das sind keine prinzipiellen Gegensätze, und es sind nicht einmal Gegensätze der Taktik und des Temperaments, so weit die sozialdemokratische Partei ins Spiel kommt. Obgleich die bürgerliche, namentlich die fortschrittliche Presse jahrelang von der „Spaltung“ der sozialdemokratischen Partei in eine „radikale“ und eine „gemäßigte“ Hälfte sprach, ist es uns beim besten Willen nicht gelungen, zu entdecken, wer denn eigentlich die „Radikalen“ und die „Gemäßigten“ sind, und worin der Unterschied zwischen beiden unsichtbaren Gruppen besteht.

Seit einiger Zeit ist man denn auch in dem Gebrauch dieser albernen Schlagwörter, welche unzweifelhaft polizeilichen Ursprungs sind, ein Bischen vorsichtiger geworden; und neuerdings ist ein anderes Schlagwort an die Stelle jenes abgetakelten getreten: die „Alten“ und die „Jungen“. Ja, wer sind denn die „Alten“ und wer die „Jungen“? Wodurch unterscheiden sich beide von einander? Daß es „Alte“ und „Junge“ dem Geburtsjahre nach in der sozialdemokratischen Partei giebt, kann allerdings nicht geleugnet werden, sintermalen nicht sämtliche Sozialdemokraten an einem Tage auf die Welt gekommen sind; aber haben die „Jungen“ ein anderes Programm als die „Alten“? Wendet sich der Sozialismus mit dem Alter des Sozialisten? Ist z. B. das Marx'sche „Kapital“ dem „Jungen“ etwas Anderes als dem „Alten“? Geht bei einer bestimmten Altersgrenze — sagen wir mit Antritt des 30. oder 40. Jahres — eine wunderbare Veränderung, eine Art Transsubstantiation in dem Geiste des sozialdemokratischen Menschen vor sich?

Vielleicht ist irgend ein fortschrittlicher Schlauberger im Stand, uns die Frage zu beantworten. Und zu noch größerem Dank wären wir verpflichtet, wenn man uns einmal einen „Alten“ und einen „Jungen“ auf den Tisch unserer Redaktion niederlegte, damit wir chemische, anatomische und physiologische Untersuchungen anstellen können.

Die Kolonialschwärmer sind mit dem deutsch-englischen Abkommen sehr unzufrieden, und diese Unzufriedenheit kommt auch in zahlreichen Zeitungsartikeln mehr oder weniger unerbittlich zum Ausdruck. Von einer Seite wird für die Abtretung des Witulandes und der Somaliliste an England wenigstens ein namhafte materielle Entschädigung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft verlangt. Dabei hat diese Gesellschaft für Witu noch keinen Pufferling veranlagt, und ihr Kontraktvertrag mit der Witulandgesellschaft hat noch nicht einmal die Genehmigung des Reichskanzlers erhalten. Von anderer Seite geht man noch weiter und verlangt, wie beispielsweise in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, daß der deutsch-englische Vertrag nicht ratifizirt werden soll. Zu der schwarzen Drohung aber hat sich die deutsche Kolonialgesellschaft, Abtheilung Berlin, emporgeschwungen. Diefelbe wollte zu Ehren der Rückkehr Bismarck's einen großen Festkommers veranstalten. Jetzt hat sie beschlossen, von demselben Abstand zu nehmen mit Rücksicht auf die gänzlich veränderte Lage in Ostafrika, welche zu Freudenfesten keine Veranlassung mehr bietet.

Am die Stimmung der Helgoländer zu erforschen, hat sich, wie ein Spezial-Berichterstatter der Hamburger „Reform“ vom Freitag aus Helgoland berichtet, dort bereits ein ganzes Heer von Korrespondenten aus allen Ecken Deutschlands und

Kadaver des alten Handels in eine gemeinsame Grube zu senken. Allein, er fühlte keine Gewissensbisse, er verrichtete einfach die Arbeit seines Zeitalters. Sie hörte ihm lange zu und zog sich dann schweigend mit bellommenen Herzen zurück.

Diese Nacht konnte Denise nicht schlafen. Es war ihr, als wäre sie wieder klein, und als würde sie in ihrem Garten zu Valognes in Thränen ansbrechen bei dem Andacht, wie die Grasmäden die Spinnen aufzessen, welche ihrerseits wieder die Fliegen verzehren. War dieser Tod notwendig, welcher die Ueberlebenden nährt? Dieser Kampf um das Leben, welcher auf der Werkstätte der ewigen Verwüstung neue Wesen entlehen läßt?

Dann sah sie sich vor der Gruft, in welche Genevieve gesenkt wurde. Sie sah ihren Onkel und ihre Tante allein in ihrem dunklen Speisezimmer. In der tiefen Stille erhob sich ein dumpfes Rollen: Das war der Zusammenbruch des Hauses von Bourras, welches gleichsam von unterirdischen Gewässern unterwaschen war; dann ward es wieder still und es folgte ein neuer Zusammenbruch, dann wieder einer, und dann wieder einer: die Robineau, die Bedores, die Bayouille brachen nach einander zusammen, der ganze Kleinhandel des Stadtviertels Saint-Nicolas verschwand unter dem Wälten einer unsichtbaren Epiphyade. Sie ward von einem unendlichen Mitleid ergriffen. Mein Gott, wie viel Leiden, wieviele Familien, wie viel auf die Straße geworfene Greise, die erschütternden Dramen des Ruins! Und sie konnte Niemandem retten, sie hatte das Bewußtsein, daß das gut sei, daß dieses Elend notwendig sei, um das Paris der Zukunft gesund zu gestalten. Als der Tag anbrach, ward sie ruhiger, eine tiefe resignirte Trauer erhielt sie mit offenen Augen dem Fenster zugekehrt, dessen Scheiben sich allmählig erhellen. Sie dachte lange nach und sann in ihrer Herzengüte über die Mittel zur Rettung der Ihrigen aus dem allgemeinen Ruin.

Jetzt tauchte Mourret vor ihr auf, mit seinem leidenschaftlich erregten Kopfe, seinen liebglühenden Augen. Er wird ihr sicherlich nichts verweigern, er wird ihr jede vernünftige Entschädigung gewähren und ihre Einbildungskraft verstieg sich noch weiter. Sie suchte ihn zu beurtheilen, sie

kannte sein Leben, sie kannte die frühere Berechnung seiner Liebschaften, seine fortwährende Ausbeutung des Weibes, sie wußte, daß er Maitressen nahm, um seinen Weg zu machen; sie wußte, daß er mit Madame Desforges ein Verhältnis angeknüpft zu dem alleinigen Zwecke, um den Baron Hartmann zu gewinnen; sie wußte auch alles Uebrige: Klara und die Schauspielerinnen, die Vergnügungen, die er sich erkaufte und dann auf die Straße warf. Allein diese Anklagen eines Liebhabenters, über welche das Magazin sich lustig machte, verloren sich in dem genialen Zug dieses Mannes, in seiner siegreichen Lebenswürdigkeit. Er war die Verführung selbst. Was sie ihm niemals vergeben haben würde, das war seine Lage von ehemals, die Kühle des Liebhabers unter der galanten Komödie seiner Zuverlässigkeit. Heute aber, da er durch sie litt, zürnte sie ihm nicht mehr. Durch dieses Leiden ward er größer in ihren Augen. Wenn sie ihn so gemartert sah, seine frühere Verachtung des Weibes so schwer blüßend, sagten ihr, daß er seine Vergehen gut gemacht habe.

Am Morgen gelang es Denise, von Mourret alle Entschädigungen zugefagt zu erhalten, welche sie für gut finden würde an dem Tage, an welchem die Familie Baudu und der alte Bourras unterliegen würden. Wochen vergingen, sie besuchte fast täglich ihren Onkel auf einige Minuten, um die düstere Bontik einen Augenblick aufzuheitern. Sie war besonders unruhig über den Zustand ihrer Tante; seit dem Tode ihrer Tochter sah diese in dumpfen Wälden da; es schien, als würde mit jeder Stunde ein Theil ihres Lebens dahinschwimmen und wenn man sie befragte, antwortete sie mit erstaunter Miene, daß sie nicht leide, daß sie bloß schläfrig sei. Im Stadtviertel schüttelte man traurig die Köpfe; die arme Seele wußte sich nicht lange nach ihrer Tochter sehnen, sagte Jedermann.

Eines Tages, als Denise eben die Familie Baudu verließ, hörte man auf dem Gailloisplatz ein großes Geschrei. Die Menge eilte hinzu, es herrschte allgemeines Entsetzen. Ein Omnibus, eines jener schweren Fuhrwerke, welche vom Bastillenplatz nach Batignolles verkehren, hatte an der Ecke der Rue Neuve Saint-Augustin vor dem Springbrunnen einen Mann niedergefahren. Der Rutscher auf seinem Bo-

datte seine Pferde, zwei kräftige Rappen, mit wüthender Hand zurückgerissen; er fluchte was er konnte.

— Donner Gottes, geben Sie doch Acht, vermaledeiter Angefichtler!

Der Omnibus stand jetzt still, die Menge umringte den Verwundeten; zufällig befand sich ein Polizist zur Stelle. Der Rutscher schrie und wüthete noch immer.

— Hat man jemals einen so sonderbaren Patron gesehen? Er stand da mitten in der Straße als ob er zu Hause wäre. Ich habe ihn angerufen und siehe: da auf einmal liegt er unter den Rädern.

Ein Anstreicher, der in der Nachbarschaft beschäftigt war, eilte jetzt herbei und sagte dem Rutscher:

— Schrei doch nicht so, ich habe Alles gesehen. Der gute Mann hat sich unter die Räder Deines Wagens geworfen, es muß ein rechter Narr sein.

Es mengten sich noch Andere in das Gespräch, man einigte sich dahin, daß ein Selbstmord vorliege, während der Polizist ein Protokoll aufnahm. In diesem Augenblick kam Denise hinzu, sie neigte sich über den ohnmächtigen, mit beschmutzten und blutigen Kleidern auf dem Straßensplaster daliegenden Mann.

— Großer Gott, es ist Herr Robineau! rief sie in schmerzhaftem Erstaunen aus.

Der Polizist befragte sie sofort. Sie gab Namen und Adresse des Verunglückten an. Dank der Geschicklichkeit des Rutschers hatte der Omnibus eine Schwenkung gemacht, so daß nur die Beine Robineau's unter die Räder gerathen waren, doch war zu befürchten, daß beide Beine gebrochen waren. Vier Männer nahmen den Unglücklichen und trugen ihn in eine Apotheke der Rue Gaillon, während der Omnibus langsam seinen Weg fortsetzte.

Denise war Robineau in die Apotheke gefolgt. In Erwartung eines Arztes, der nicht sogleich gefunden werden konnte, erklärte der Apotheker, es sei keine unmittelbare Gefahr zu befürchten und es wäre am besten, den Verwundeten in seine Wohnung zu schaffen, da er in der Nachbarschaft wohne. Ein Mann ging nach dem nächsten Polizeiposten, um eine Tragbahre zu holen. Denise hatte den guten Gedanken, vorauszugehen, um Madame Robineau auf diesen fürchterlichen

Englands eingefunden. Der Berichtsteller der Hamburger "Weser" bezeichnet die Stimmung der Seegänger in Bezug auf die Abtretung an Deutschland als eine deprimierte. Die Seegänger haben einen Hauptverdienst von der Beförderung der Passagiere der Dampfschiffe auf Booten an das Land und durch die Fahrten zur Däne. Sie fürchten, daß die deutsche Regierung eine Brücke zum Anlegen für die Dampfschiffe und eine ebensolche für Fußgänger zur Däne anlegen werde, womit die Bootleute ihren Verdienst einbüßen würden. Zwei Drittel der Seegänger würden nach ihrer jetzigen Stimmung dafür votiren, bei England zu bleiben, denn sie fürchten, ihr Brod zu verlieren und im Kriegsfall das Opfer der sich bekriegenden Mächte zu werden.

Stellung der Welfen zur Militärvorlage. Das Organ der Deutsch-Hannoveraner, die "Deutsche Volkszeitung", nimmt entschieden Stellung gegen die Militärvorlage. Es ist jedenfalls ein starkes Seid, so schreibt das Blatt, sein Ja zu der Vorlage so zu begründen, wie es das Zentrum in diesem Falle thut. Es belastet sich unweigerlich mit dem Tadel, daß es aus Furcht und geringen Annahmen, was es bei freier Entschließung verweigert hätte.

Die Zentrum-Fraktion des Reichstages hat in der letzten Fraktionssitzung beschlossen, falls durch die Regierung eine Verweigerung der Dispositionsurklauer zugestanden wird, geschlossen für die Militärvorlage zu stimmen.

Die Wiederaufnahme der Reichstagsfraktionen ist, wie die "Frl. Ztg." hört, erst Anfang November zu erwarten, doch soll die Arbeiterkommission bereits einige Wochen früher im Oktober zusammenkommen.

Die Reichstags-Ergebnisse für den Wahlkreis Preussisch-Angermünde ist durch amtliche Bekanntmachung nunmehr auf Mittwoch, 2. Juli cr., angesetzt.

Ans Oberschlesien, 22. Juni. Wie vor einigen Wochen die niederschlesischen Knappenvereine, so haben sich auch jetzt die obereschlesischen Bergleute mit einer Petition um Einführung der Achtstundenschicht an den Reichstag gewandt. In der vom "Oberschlesischen Arbeiterverein" gegenwärtig in die Reichstagskammer übergebenen Petition wird ausgeführt, daß die zwölfstündige Arbeitszeit die körperlichen Kräfte und die Gesundheit des Arbeiters vorzeitig erschöpft. Die lange Arbeitszeit sei ein Hindernis für die Hebung des Arbeiterstandes des Bergbau- und Hüttenbetriebes, weil der Arbeiter nicht Zeit gewinnen könne, sich über seine Klagenangelegenheiten zu informieren und deshalb unwissend bleibe. Von den Befehlshabern der einzelnen Gruben und Hütten werden gleiche Petitionen vorbereitet. Zur Zeit ist in Oberschlesien nur für etwa 10 pSt. der Arbeiter die Achtstundenschicht eingeführt. Etwa ein Drittel der Arbeiter hat zehnstündige Arbeitszeit, der Rest arbeitet 12 Stunden. (1)

Dresden. Zwei hiesige "höhere Staatsbeamte" haben sich kürzlich "delikater Familienangelegenheiten" wegen mit Pistolen duellirt, wobei der eine durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt wurde. Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit diese "höheren Klassen" über die Staatsgesetze sowohl wie über das Menschheitsgebot: "Du sollst nicht tödten!" sich hinwegsetzen, ohne daß ein Hahn danach kräht. Und was bekommen die Deutschen, wenn sie wirklich einmal "erwischt" werden? Ein paar Monate Festung. Wenn sich dagegen ein paar Arbeiter auf der Straße durchschlagen und dabei irgend ein Werkzeug anwenden, das ihnen das Prügeln erleichtert, so werden sie so hart als möglich bestraft und die Lokalblätter sind voller Entrüstung über die "Rohheit des niederen Volks". Die Volkspartei hätte, wenn sie eine solche in Wahrheit wäre, schon längst auf Aufhebung der lazen Bestimmungen über den Duell-Nord dringen müssen, damit den Herren aus den "höheren Ständen" die Lust vergeht, das Volksgesetz durch solche Akte der Barbarei, wie sie das Duell darstellt, augenfällig zu verhöhnen. Uebrigens ist der Ausdruck: "delikate Familienangelegenheiten", welchen die bürgerlichen Blätter mit Vorliebe anwenden, hochkomisch. Undelicate Familienangelegenheiten, das wäre die treffende Bezeichnung.

Strassburg, 22. Juni. Die "Amtliche Straßburger Korrespondenz" bringt folgende Meldung:

Papstpflicht. Vom Ministerium für Etsch-Bohringen sind bezüglich der Papstpflicht nachfolgende Bestimmungen erlassen worden, die in der nächsten Nummer des "Central- und Bezirks-Amtsblattes" zur Veröffentlichung gelangen und sodann unverzüglich in Kraft treten werden: "Ausgenommen von der Papstpflicht sind die Eisenbahnreisenden, welche Etsch-Bohringen, ohne Aufenthalt zu nehmen, durchreisen wollen und an der Grenze eine entsprechende Fahrkarte vorzeigen. Fahrkarten nach der Station Kehl befreien von der Papstpflicht nicht."

Hiermit hätten wir die erste Widerlegung der bestehenden Papstpflicht-Verordnung. Dieselbe wird den Klagen der Reisenden im großen Durchgangsbahnhof Paris-Apenninier-München-Wien ein Ende bereiten. Die verhängte Widerlegung kommt dem internationalen Verkehr zu Gute.

Dänemark. Der Maurerstreik in Kopenhagen ist noch immer auf demselben Fleck. Eine ziemlich große Anzahl von Meistern, die nicht zur Innung gehören, läßt in Gemüthlichkeit der von den Gesellen gestellten Forderungen arbeiten; auch sind innerhalb der

Schlag vorzubereiten; allein sie konnte sich nur mit Mühe durch die Menge durcharbeiten, die sich an der Straße drängte; die abentheuerlichsten Gerüchte waren im Umlauf, schließlich wurde erzählt, es handle sich um einen Gatten, welcher den Liebhaber seiner Frau durch das Fenster auf die Straße werfen habe. In der Rue Neuve petit Jean sah Denise schon von weitem Madame Robineau in der Thüre ihres Ladens für Seidenpezialitäten stehen. Sie hatte somit einen Vorwand, einen Augenblick zu verweilen und begann ein Gespräch, um die schmerzliche Nachricht in schonender Weise mitzutheilen. Das Magazin zeigte die Unordnung und Verlassenheit der Kämpfe der letzten Tage. Es war die vorausgesehene Entwicklung der großen Schlacht zwischen den zwei rivalisierenden Seidengattungen. Das Pariser Bonheur hatte seinen Konkurrenten durch eine neuerliche Herabsetzung um 5 Centimes niedergeschmettert. Seit zwei Monaten führte Robineau ein stillleben, um den Bankrott hinauszufchieben.

Ich habe Ihren Gatten über den Gailonplatz gehen sehen, küßte Denise, in die Boutille eintretend.

Madame Robineau, die mit unruhigen Blicken fortwährend auf die Straße schaute, erwiderte lebhaft: während auf die Straße schaute, erwiderte lebhaft:

— Ach ja, so eben, nicht wahr? Ich erwarte ihn, er sollte schon hier sein. Heute Morgens ist Gaujean gekommen und sie sind mit einander ausgegangen.

Sie war noch reizend, ein zartes heiteres Wesen; aber eine vorgeschrittene Schwangerschaft ermüdete sie; sie benahm sich fremd, unwissender denn je inmitten dieser Geschäfte, mit welchen ihr zartes Wesen sich nicht befreundet konnte und welche ohnehin eine so ungünstige Wendung genommen hatten. Sie hatte oft genug wiederholt: wozu soll das Alles, wäre es nicht besser, in einem kleinen Logement länglich, aber zufrieden zu leben?

— Mein liebes Kind, sagte sie mit traurigem Lächeln, wir haben Ihnen nichts zu verbergen, das Geschäft geht schlecht, mein armer Mann schäft nicht mehr. Heute hat ihn Gaujean wieder wegen rückständiger Wechsel gequält. . . . Ich sterbe da vor Angst in meiner Einsamkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Innung Versuche gemacht worden, die zünftigen Meister zum Eingehen auf jene Forderung zu bewegen; vorläufig jedoch vergebens. — Dagegen nimmt der Streik der Heizer, denen sich nun auch die Matrosen anschließen, eine immer größere Ausdehnung an, trotzdem die Polizei bei dem geringsten Versehen mit großer Strenge einschreitet. Die Rhebereien bieten alles mögliche auf, die nöthige Mannschaft zu beschaffen, was aber von Tag zu Tag schwieriger wird, namentlich seitdem die Heizer mit der großen englischen Seemanns-Union in Verbindung getreten sind. Die Streikenden verlangen eine Erhöhung ihres Lohnes auf 60 Kronen monatlich, was man im Publikum, das für sie recht warm Partei nimmt, berechtigt findet. Da die Polizei alle öffentlichen Demonstrationen der Heizer unterjagt hat, so halten dieselben ganz eigenthümliche Prozessionen in Bötten im Hafen ab, wogegen bisher nicht eingeschritten worden ist. Der Generalsekretär der Seemanns-Union, Wilson, wird hier erwartet, um mit den Streikenden direkt in Verbindung zu treten. Der Tag seiner Ankunft ist nicht genau bestimmt, weil man befürchtet, daß die Polizei sich seiner Person bemächtigen würde.

Großbritannien. London, 23. Juni. Unterhaus. Unterstaatssekretär Ferguson erklärt eine Anfrage, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß das seiner Zeit zwischen England und Frankreich getroffene Abkommen über die Unabhängigkeit Sanibars durch eine mit voller Zustimmung des Senats erfolgende Uebernahme des englischen Protektorats über Sanibar irgendwie berührt werde.

Weiter erklärte Unterstaatssekretär Ferguson, die Absicht Englands, das Protektorat über Sanibar zu übernehmen, sei der französischen Regierung mitgeteilt worden. Dem französischen Minister habe aber diese Mitteilung noch nicht vorgelegen, als er seine auf Sanibar bezügliche Erklärung in der französischen Kammer abgegeben habe.

Der Erste Lord des Schatzes Smith kündigte an, daß die Regierung die Bestimmung der Kolonialsteuer-Bill, durch welche die Grafschaftsämter ermächtigt wurden, Schanzgerechtigkeiten anzulassen, zurückgezogen habe. Die für diesen Anlaß in Ansatz gebrachte Geldsumme solle angeammelt werden, bis das Parlament über deren Verwendung bestimme.

Der Antrag der Regierung auf Niederlegung eines Ausschusses wegen Fortberathung der dem Parlamente gemachten Vorlagen in der nächsten Session desselben Parlaments wurde nach längerer Debatte ohne besondere Abstimmung angenommen.

Frankreich. Paris, Montag, 23. Juni, Abends. Deputirtenkammer. Dubreuil von der Rechten interpellirt die Regierung wegen der Vorgänge in der Gemeinde Bieq im Departement Haut-Marne, wo unter dem Widerspruche der Bevölkerung Laienschulen eingerichtet worden seien. Der Minister Constans erwidert, die Regierung denke nicht daran, mit irgendwem Handel zu suchen, sie habe lediglich die Absicht, das Gesetz auszuführen. Eine von Desjaigne eingebrachte Tagesordnung, welche das Verhalten der Regierung billigt, und auf deren Freigabe und Weisheit bei Ausführung der Schulgesetze rechnet, wurde mit 310 gegen 166 Stimmen angenommen. Der Antrag des Bischofs Freppel, wonach ohne vorgängige gutachtliche Aeusserung des Municipalraths die Errichtung neuer Laienschulen verboten sein sollte, wurde mit 221 gegen 205 Stimmen abgelehnt.

Die "Estafette" läßt sich aus Genf über den "D. . . .", welchen die Pariser Polizei jetzt als Lockspiegel sucht, in Ueber-einstimmung mit unseren Informationen, melden, derselbe sei ein gewisser Landeisen, der sich als Kamerad der Russen Landeisen nannte. Er war es, welcher in Zürich Bernstein zu den Versuchen mit Bomben auf dem Zürichberg verleitet und ihm das Geld für die Fabrikation derselben gegeben hatte. Demselben telegraphirt man aus Genf, betheiligte sich an den Experimenten, ohne zu wissen, um was es sich handelte, und nun versuchte Landeisen in Paris wieder, was ihn in Zürich gelungen war. Auch das "Recht Journal" erzählt heute, der Untersuchungsrichter Pittthalin habe einen gewissen Landeisen, welcher bei den russischen Studenten Bomben abgegeben, ihnen Geld angeboten hatte und am Tage ihrer Verhaftung verschwunden war.

Die "Oester. Volkszeitung" bringt aus Paris über die dortigen Nihilisten-Verhaftungen einen Brief, der manche weitere interessante Aufschlüsse giebt. Danach waren es weder die Sprenggeschosse noch die Nitroglycerin- und Bistilladen jener Leute, wonach Minister Constans eigentlich jahnden ließ, das Hauptaugenmerk war auf die zerstückten Briefe, auf die Papiere mit Bleistiftgeschrieben, Tagebücher, Adressenlisten von Festungen und auf Blattschriften aller Art gerichtet. Was man wollte und noch will, wonach man gehandelt hat und noch sucht, waren und sind Namen von Personen, welche in der russisch-revolutionären Bewegung stehen, ganz gleich, welcher Bewegung sie angehören, ob Sozialisten oder sogenannte Konstitutionelle, ob die Mittel ihrer Propaganda in dem gesprochenen oder gedruckten Worte, oder in dem gewaltthätigen Terrorismus bestehen. Darin liegt der Zweck der von langer Hand vorbereiteten Ueberwachung und Ueberrumpelung und dieser Effekt scheint der russischen Polizei vollständig gelungen zu sein. Sie ist nun im Besitze von Hunderten von Namen und Adressen unangefundener und auch fanatischer erregter junger Leute, die zum geringen Theil nur im Auslande leben. Das Hauptcontingent der erdachten Verschwörer befindet sich innerhalb der russischen Grenze und Dutzende wandern Tag für Tag in die Kasematten der Peter-Pauls-Festung, um nach jahrelanger Untersuchung den direkten Todesgang zum Galgen oder den indirekten nach den unterirdischen Silberminen in Sibirien anzutreten. Es ist kein Zweifel mehr, daß die russischen Nihilisten, welche sich in Paris aufhielten, von einem in Diensten der russischen Polizei befindlichen Lockspiegel überwacht und in das Verderben getrieben worden sind. Als die Reize alle so geneigt waren, daß man den Zug zum Fange machen zu können glaubte, erschienen plötzlich drei russische Polizeibeamte in Paris und sofort entdeckte die französische Polizei "ganz von ungefähr" die neue nihilistische Verschwörung. Bezeichnend genug verhaftete man auch die Polen Mendelssohn und Demski, die mit den Bombengeschichten gar nichts zu thun hatten. Deshalb wurden auch bei einer Reihe von Russen in Paris, die sonst ganz unbedächtig sind, Hausdurchsuchungen vorgenommen und alles mitgenommen, was einen Papier nur entfernt gleichkam. Constans hat der russischen Regierung einen großen Dienst erwiesen, für den sie sich in Gestalt einer hohen Ordensauszeichnung bereits erkenntlich erwies.

Die Verhandlung gegen die in Paris verhafteten Russen findet nach der "Magdoo. Ztg." am Freitag statt.

Holland. Haag, 23. Juni. Nach einer eingegangenen amtlichen Meldung griffen die holländischen Truppen am 18. Juni Kvalabagoh und Olegabaja an, vertrieben die Nischefen und besetzten Olegabaja, die Holländer hatten einen Verlust von 8 Verwundeten. Die holländische Truppenabtheilung trat am 17. Juni den Rückmarsch nach Sdi an.

Italien. Troj des Nichtigkeitsbeschusses der Kammer ist Andrea Costa wiederum als Kandidat für Imola aufgestellt worden.

Spanien. Madrid, 21. Juni. Der Gesundheitsrath hat das Vorhandensein der asiatischen Cholera in der Umgegend von Valencia anerkannt. Mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Epidemie sind die Absperrungsmaßregeln, welche für die infizirten Ort-schaften eingerichtet waren, vollständig aufgehoben worden.

Madrid, 21. Juni. Seit den letzten gestrigen Nachrichten sind in Puebla de Rugat, in Monticheloo und in Garcia weder neue Erkrankungen noch neue Todesfälle vorgekommen.

Balkanländer. Der wirtschaftliche Krieg zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn, welcher infolge der politischen Verstimung zwischen beiden Ländern seitens Oesterreichs mit einem Schweinefleischverbot gegen Serbien eröffnet wurde, ist jetzt auch von Serbien aufgenommen worden. Der serbische Finanzminister hat angeblich zur Verhinderung der Einschleppung von Seuchen durch Einführung von kranken Thieren oder aus verseuchten Gegenden herrührenden Häuten angeordnet, daß rohe Häute nur nach vorausgegangener ärztlicher Bescheinigung zur Einfuhr zugelassen, und die Einfuhr von Häuten auch nur über die Zollämter in Belgrad, Semendria, Schabag, Nadjivatsch und Vranja gestattet sei.

Amerika. Eine telegraphische Nachricht des "Reuter'schen Bureau's" aus San Salvador meldet, Präsident General Menendez sei vorgestern Abend am Schluß eines Erinnerungsbanketts an den vor 60 Jahren erfolgten Eintritt in Salvador und an die Niederlage der Partei Baldivar plötzlich gestorben. Während der hierdurch hervorgerufenen Panik wären General Marcia und einige Andere getödtet worden, und General Carlos Gzeta, der Befehlshaber der Truppen hätte die Führung der Geschäfte an sich genommen; im Uebrigen herrsche Ruhe. — Die Meldung ist sehr unklar. Vermuthlich ist der Präsident General Menendez erschlagen worden, und ein neuer Prätorianer tritt die Herrschaft über die Insel an.

Rio de Janeiro, 23. Juni. Die neue brasilianische Verfassung ist vom Ministerpräsidenten Fonseca unterzeichnet und gestern Abend veröffentlicht worden. Der Inhalt derselben entspricht den von den brasilianischen Blättern am 30. vorigen Monats darüber gebrachten Mittheilungen. — Die brasilianische Regierung hat den aus spanischen Häfen kommenden Schiffen gegenüber die Quarantäne angeordnet.

Buenos-Ayres, 23. Juni. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Entre-Rios dauert dort die ausländische Bewegung fort; die beunruhigenden Anzeichen mehren sich.

Versammlungen.

Eine Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins sämtlicher Berufsweige Berlin und Umgegend (Filiale I Moabit) tagte am 18. ds. Mts. im Saale des Herrn Jiges, Wilsnaderstraße 68. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Millarg, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Diskussion, 4. Verschiedenes. Um 9 1/2 Uhr eröffnete die Bevollmächtigte, Frau Hierse, die Versammlung. Nach erfolgter Verlesung des Protokolls der vorigen Versammlung ertheilte die Bevollmächtigte, Frau Hierse, dem Herrn Referenten zu seinem Vortrag das Wort. Redner führte in seiner einfindigen Rede über die Volksernährung und das Volkseinkommen des Arbeiterstandes aus, in welcher traurigen Lage und mit welcher geringer Lebenshaltung er dem Großkapitalisten gegenüber stehe, und warum? Weil der Arbeiter ausgebeutet wird; das sind die traurigen Verhältnisse des Proletariats. Darum ist jeder Frau zu rufen, fest mit dem Mann Front zu machen. Hieraus fand eine Pause von 15 Minuten statt. In der Diskussion betheiligte sich Herr Heidmann im Sinne des Referats. Bei "Verschiedenes" betheiligten sich Frau Lepke und Herr Redner. Zum Schluß machte Frau Hierse noch bekannt, daß am 28. Juni eine Generalversammlung und am 2. Juli eine Vereinsversammlung stattfindet. Schluß der Versammlung 11 1/4 Uhr.

Die Versammlung des Lehrvereins der Lithographen-Steinschleifer und Berufsgenossen in Berlin tagte am Donnerstag, den 19. Juni, im Lokale des Herrn Semler, Mühlstraße 11. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Baus über: "Kapitalistische und sozialistische Moral". 2. Neuwahl eines Vorstandsmittgliedes. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Herr Baus das Wort. Er entledigte sich seines Vortrages zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden in 1/4stündiger Rede. Darauf 10 Minuten Pause. Zum zweiten Punkt wurde Herr Schlüter mit großer Majorität als Beisitzer gewählt. Im dritten Punkt wurde beschlossen, die geplante Landpartie nach Saathwinkel zu machen und zeigte sich rege Betheiligung. Zu "Verschiedenes" waren zwei Anträge eingelaufen, lautend: 1. Das Vergütungsamt als ständiges für ein Jahr zu wählen, welches besagt ist, alle Monat ein kleines Vergütungsamt zu arrangiren, zur Herbeiführung besserer Einvernehmens zwischen Prägnern und Schleifern. 2. Den stehenden Kupferstempeln aus der Kasse 10 M. zu bewilligen. Beide wurden einstimmig angenommen.

Eine öffentliche Versammlung der Weißgerber fand am 20. Juni in Weimann's Lokal unter Vorsitz der Kollegen Engel, Hoyerland und Pie statt. Die Tagesordnung war: Vortrag über die Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung. Der Referent Herr Lürk entledigte sich seiner Aufgabe in zirkel-einständigem Vortrag unter großer Aufmerksamkeit und dem Beifall der Anwesenden. Dann folgte Stellungnahme zur Streik-Kontrollkommission. Nachdem vom Kollegen Brinkmann genügend Uargelegt, wie nothwendig es sei, eine Regelung der Lohnbewegung der verschiedenen Gewerkschaften herbeizuführen, wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen. Die Kollegen Brinkmann und M. Ahrendt wurden dazu bestimmt. Ein Antrag betreffs Aufhebung der Sperre über die Hegemann'sche Fabrik wurde nach längerer Debatte gegen eine Stimme angenommen. Die Ansichten waren dahingehend: da die Bewegung verloren und die Fabrik von Streikbrechern besetzt ist, da außerdem in anderen Fabriken ein stauer Geschäftsgang eingetreten ist, soll den arbeitslosen Kollegen Gelegenheit gegeben werden, dort zu arbeiten ohne zum Streikbrecher zu werden und um den dort arbeitenden Streikbrechern keinen festen Platz zu überlassen. Eine Abrechnung des Hegemann'schen Streiks soll stattfinden. Zu Referenten wurden die Kollegen Wasen, Blah und P. Ahrendt gewählt. Ein weiterer Antrag, die Hamburger Zimmerer in ihrem Kampfe zu unterstützen, wurde angenommen. Die Majorität stimmte für 100 Mark. Es wurde bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß wir für andere Gewerkschaften jetzt weniger thun können, da wir für unsere Kirchheimer Kollegen, welche seit 15 Wochen (ca. 240 Mann) im Streik liegen, alles anbieten müssen, um diese zum Siege zu verhelfen. Die Lage derselben hat sich jetzt glücklicher gestaltet, da ca. 100 Mann von den Streikenden bei einem dortigen Wahnau in Arbeit getreten sind. Es wird nochmals aufgefordert, daß jeder seine Schuldigkeit thue und eine Mark pro Woche zahle, bis der Sieg erlangen.

Der allgemeine Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufsweige Berlin und Umgegend, Filiale D-Sen, hielt am 18. d. M. in Seeger's Salon, Grämer Weg 29, eine Versammlung ab, in der Herr B. Werner einen Vortrag hielt. Der Redner führt an, daß der Frau ihr Beruf im Haushalt längst genommen sei, daß sie in der Industrie ebenfalls thätig sein muß, wie der Mann; folgedessen auch dieselben Rechte zu beanspruchen hat, wie dieser. Sie wird in allen Verpflichtungen dem Manne gleich gestellt; sie muß ihre Steuern zahlen, so gut wie dieser, also muß sie auch dieselben Rechte fordern wie der Mann. Redner führt ferner an, daß die Herren Kapitalisten sehr geneigt sind, den Arbeitern Moral zu predigen, selbst aber leider den richtigen Begriff der Moral nicht zu verstehen scheinen, indem sie ihre Nebenmenschen stets als ein ihnen untergeordnetes Wesen betrachten, weil der Geldsack nicht bei Ihnen Balge gestanden hat. Redner meint, ein wirklich moralischer Charakter hält seinen Nebenmenschen stets für gleichberechtigt und pflanzt nicht schon in den Kindern den Klassenhaß. Es wurde ferner bekannt gemacht, daß am 26. d. M. eine Generalversammlung stattfindet bei Seeger, Inselstr. 10, und daß am 7. Juli wieder von der Filiale Osten eine Versammlung stattfindet bei Seeger, Grämer Weg 29.

Theater.

Mittwoch, den 25. Juni.
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner Theater. Hamlet.
Deutsches Theater. Der Richter von Salamea.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner - Theater. Mamsell Nitouche.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend - Theater. Heinrich Heine. Vorher: 1788 Tht. 22 1/2 Sgr.
Fellendall - Theater. Der Nautilus.
Kroll's Theater. Der Barbier von Sevilla.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27 c.
Auftreten d. Siedersängerin Fr. Steinow.
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.
Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators Herrn Gödicke.
Auftreten der Geschwister Herzog.
Auftreten des musikalischen Neger-Klown Mr. de Volks.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Ködumann.
Diensttag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg.
Son- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationssälen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
641 F. Müller.

Variété-Theater.

(Hasenhaide)
Herrmannstr. 18 - Neues Strasso 18.
Sonntag, den 29. Juni 1890:

Koncert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.

Durdweg neues Programm.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. - Der Vorstellung 8 Uhr. - Entree 20 Pf.
Montag, den 30. Juni 1890:

Der Postillon von Mündenberg.

Gr. Posse mit Gesang in 8 Akten und 6 Bildern.
Anfang des Konzerts 6 Uhr. - Der Vorstellung 8 Uhr. - Entree 20 Pf.

Vassage 1 Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
Vervortrag. Sehenswürdig. d. Residenz. Eine Wanderung durch Rom. Eine bequeme Rheinreise. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.

Artistisch-Photographisches Atelier von Carl Graefe,

Prinzenstr. 11,
empfiehlt sich Vereinen u. Privaten zur Aufnahme von Gruppen u. Portraits. Bei Landpartien bitte Bestellung durch Postkarte. 1716

Hiermit die Anzeige, daß ich das Nähmaschinen-Geschäft und Reparatur-Beefstätt

meines Mannes unter unveränderter Firma weiterführe, und bitte das bisherige geschenkte Vertrauen meines Mannes gütigst auch fernerhin auf mich zu übertragen. 2148

Sochachtungsvoll
Emma Franke,
Saarbrückerstr. 6.

Hasenhaide Ausstellungs-Park.



Grosses Doppel-Concert
Tyroler Sänger.

16 Eingeborene aus dem Kitul-Lande.
Vorstellung und Produktion
von Nachm. 4-9 Uhr Abds. stündlich.

Neue Welt. Bergschlossbrauerei, Hasenhaide.

Heute, Mittwoch, 2138
Kinderfest n. Gratisverloos.
Hauptgewinn: Ziegenbodengespann.

Von 4 Uhr Gr. Concert und Specialitäten-Vorstellung.
Nachm. ab: Pappentheater. Stangenklettern. Wettkommen. Bonbonregen. Festzug.
Entree 15 Pfg., Kinder, die eine Mähe, ein Ge- 10 Pfg.
Morgen: Massen-, Land-, Wasser- u. Kriegs-Feuerwerk.
Eroberung v. Kiwa, unter Mitwirkung v. Negern, Matrosen, Arabern etc.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 1. Mai 1889 sind die Listen der den einzelnen eingetragenen Genossenschaften angehörigen Genossen durch uns aufgestellt worden.
In Bezug auf folgende Genossenschaften:

1. Vereinsbäckereien in Deutschland, Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht
 2. Vereins-Baugesellschaft in Berlin Nord, Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht
- a. diejenigen Personen, welche zwar in den Listen aufgeführt stehen, aber behaupten, daß sie am 1. Oktober 1889 nicht Mitglieder der betreffenden Genossenschaft gewesen seien, oder daß ihr Ausscheiden nicht richtig in die Liste eingetragen worden, sowie
- b. diejenigen Personen, welche in den Listen nicht aufgeführt stehen, aber behaupten, daß sie an dem bezeichneten Tage Mitglieder einer dieser Genossenschaften gewesen seien,

aufgefordert, ihren Widerspruch gegen die betreffende Liste binnen einem Monat schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers zu erklären.
Die gestellte Frist beginnt mit dem Tage, an welchem das letzte derjenigen Blätter erschienen ist, die diese Bekanntmachung enthalten. Nach Ablauf dieser Frist ist für die Mitgliedschaft am 1. Oktober 1889 und für das Ausscheiden in Folge vorher geschehener Aufkündigung oder Ausschließung der Inhalt der Liste maßgebend. Einwendungen gegen die Liste bleiben den vorstehend bezeichneten Personen vorbehalten, sofern sie in Gemäßheit desselben den Widerspruch erklärt haben oder hieran ohne ihr Verschulden verhindert waren und binnen einem Monat nach Beseitigung des Hindernisses den Widerspruch schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt haben.
Berlin, den 7. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht I, Abtheilung 56 I. Mila.

Allgem. Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufszweige Berlins und Umgegend.

Donnerstag, 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstrasse 10:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder. Statutenberatung. General-Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. 2142
Die Mitglieder werden auf § 3 unseres jetzigen Statuts aufmerksam gemacht, ebenfalls ist das Mitgliedsbuch bei dem Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Neu eintretende Mitglieder können vor der Versammlung aufgenommen werden. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

sämtl. Zimmerer Berl. u. Umgeg.

am Donnerstag, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in May's Salon, Beuthstr. 22.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Central-Streit-Kontrollkommission. 2136
2. Revisionswahl. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Zimmerers, zu erscheinen.
Der Gesellen-Ausschuss.

Danksagung.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen für die rege Teilnahme und reiche Krankspende bei der Beerdigung meines Mannes, des Nähmaschinen-Fabrikanten Emil Franke, der Firma G. Reiblinger und dem Arbeiter-Gesangsverein „Nord“, den beiden Vereinen der Metallarbeiter und dem Weisenfeer Verein, und ganz besonders Herrn Gast für die trostreiche Rede am Grabe meinen herzlichsten Dank.
Emma Franke und Tochter.

Freunden und Genossen empfehle mein
Mehl- und Borkost-Geigäst,
verbunden mit
Grünkraut, Holz und Kohlen.

Auch sende ich Milch und Backwaare frei ins Haus. 2149
H. Purann,
Adalbertstr. 80 i. Keller.

Gr. öffentl. Steinmetz-Versammlung

am Freitag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr,
in Domadi's Salon, Johannisstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Bunzlauer und Wiesbadener Streit.
2. Abrechnung vom 1. Mai.
3. Verschiedenes.
Es wird gebeten, sämtliche Quittungen mitzubringen.
Der Einberufer: A. Tempel, Steinmetz, Müllerstr. 3, III. 2140

Freie Vereinigung der Galvanisierer und Bernisgenossen.

Donnerstag, 26. Juni, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alto Jakobstr. 75:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl eines Kassiers.
4. Wahl der Rechtschuh-Kommission. 5. Wahl der Bibliothek-Kommission.
6. Vortrag des Kollegen Knippel über den Nutzen der Vereinigung.
7. Diskussion, Verschiedenes, Fragelasten.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand. 2143

Achtung!

Maler, Anstreicher und verwandte Berufsgenossen.
Donnerstag, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75 (oberer Saal):
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten J. Bruhns. 2. Diskussion.
3. Endgiltiger Bericht der Revisoren vorjährigen Streitfonds. 4. Verschiedenes.
Sämtliche Maler und Berufsgenossen müssen zur Stelle sein.
Der Einberufer. 2145

Zur gefl. Beachtung!

Sonnabend, den 28. Juni cr.,
V. Stiftungsfest des Gesangsvereins Lorbeerkrantz

im Etablissement Elysium, Landwehrberger Allee 99/101, verbunden mit großem Garten-Konzert und Ball, zum Besten des arbeitsunfähigen Webers Hrn. Palkenroth. - Billets à 20 Pfg. sind bei sämtlichen Mitgliedern und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; an der Kasse 25 Pfg. 2144
Die Kaffeetische ist geöffnet. Abends 10 Uhr Kinderadelszug.
Alle Freunde und Gönner ladet freundlichst ein Das Fest-Komitee,

Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a.

Meine Poliklinik für Zahnleidende ist wochentäglich von 8-10 Uhr Vormittags, 12-1 Uhr Mittags, 4-8 Uhr Nachmittags geöffnet. Behandlung und Zahnziehen unentgeltlich. Für Kronen und künstl. Zähne werden dieselben Beträge berechnet wie im Universitäts-Institut. 2054
Dr. Erich Richter, approbierter Zahnarzt.

Zur Gründung eines Vereins, genannt der

„Langenbiller“
lade ich alle Langenbiller zu einer näheren Besprechung auf Sonntag, den 29. Juni cr., Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Dewesder, Fruchtstraße 54, ein. 2128
G. Gutsch.

Die Püher

des Westens und Schönebergs, welche gewillt sind, an einer Familien-Landpartie teilzunehmen, werden ersucht, Sonntag, den 29. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, sich im Königshof-Garten zur näheren Besprechung einzufinden. 2139
D. G. N.

Achtung!

Unterzeichneter empfiehlt den geehrten Parteigenossen seine selbstgefertigten Zugharmonikas, pro Stück von 3-30 M.; außerdem empfehle alle ins Musikfach einschlagende Artikel als Geigen, Pithern, Mundharmonikas u. s. w. nur in guter Waare. 2153
Bei Bedarf obiger Artikel bitte die geehrten Parteigenossen mich unterstützen zu wollen.
Händler erhalten Rabatt. Versandt franco gegen Nachnahme.
Achtungsvoll
K. R. Glass,
Accordeonfabrik,
Brunndörfer bei Klingenthal.

Restaurant besond. Umstände halber billig zu verkaufen

Georgenkirchstr. 14.
Ein Cigarrogengeschäft ist zu verkaufen. Näheres Wasserdorstr. 20. 1290

Kinderrwagen. Das gr. Lager Berlins

Andreasstr. 23.
Plattabfälle, wie Draht aus Glühlampen etc. kauft Bergwitz, Dragonerstr. 27.
Schlafstelle verm. Sange, Neichenbergerstr. 177. 2157
Schlafstelle 1 od. 2 Herren b. Kahlk, Kreuzbergstr. 9, Quergebäude III. 2181
Schlafstelle Waldemarstr. 16, 4 Et. I.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Arbeiterinnen a. d. Hause auf Knabenfäden verlangt Martin, Wienerstr. 17, part. 2183

Die nachstehenden, uns bezw. dem „Berl. Volksblatt“ zugegangenen Erklärungen bringen wir hiermit auch unsererseits zur öffentlichen Kenntniß:

1. Nachdem in Bezug auf unsere Forderungen eine Einigung mit den Arbeitgebern erzielt worden ist, erklärt die Lohnkommission der Brauergesellen von Berlin und Umgegend den Ausstand für beendet.

Die Lohnkommission der Brauergesellen von Berlin und Umgegend.

2. Laut Beschluß der Volksversammlung vom 19. Juni 1890 im Saale der „Brauerei Friedrichshain“ erklärt die Lokalkommission den Bierstreik und den Boykott für beendet.
Berlin, den 23. Juni 1890.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 144.

Mittwoch, den 25. Juni 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 21. Juni.

Eröffnung 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Nachtragssetats für Ostafrika.

Staatssekretär v. Marschall gedenkt des jüngst getroffenen Uebereinkommens mit England. Ueber einen Punkt desselben (Helgoland) sei noch die Entscheidung des englischen Parlaments abzuwarten. Deshalb, so lange die Unterhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, sei es erwünscht, daß das Uebereinkommen mit England heute nicht zur Erörterung gelange. Der Vertreter der verbündeten Regierungen würde sich lange. Der Vertreter der verbündeten Regierungen würde sich lange. Der Vertreter der verbündeten Regierungen würde sich lange.

Ohne jede weitere Diskussion wird der Nachtragssetat definitiv genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betr. die Friedenspräsenzstärke. Die Kommission beantragt, den § 1 unverändert anzunehmen.

Von dem Abg. Bamberg und Genossen liegt ein Antrag vor, hinter den § 1 einen § 1a einzufügen, den Artikel 69 der Reichsverfassung dahin abzuändern, daß die Verpflichtung zum Dienst in dem stehenden Heere bei den Fußtruppen-Forjant sich nur auf zwei Jahre erstrecken soll.

Ein zweiter Antrag Bamberg will Annahme einer Resolution dahin, daß die Vorlage nur für die Zeit bis zum 31. März 1891 (statt 1894) bewilligt werde und daß von da ab die Friedenspräsenzstärke alljährlich durch den Etat festgesetzt werde.

Die Debatte wird eröffnet über § 1, den Antrag und die Resolution Bamberg und die vier von der Kommission beantragten Resolutionen.

Nach kurzem Referat des Abg. Graf Stolberg führt Abg. Nidert aus: er stimme dem Referenten darin bei, daß in Deutschland Niemand an Eroberungen denke. Die Deutschen seien eine friedliche Nation und wollen in Ruhe gelassen werden.

Sie haben nur das Bedürfnis, zu erhalten, was sie haben. Es handle sich daher überhaupt nur darum, zu beurtheilen, was notwendig sei, um zu diesem Ziele zu gelangen. Noch mehr Unruhe, als die Erklärungen des Kriegsministers in der Kommission, hätte diejenigen des Schatzsekretärs hervorgerufen. Diese ganze Vorlage sei ganz unerwartet gekommen, ganz unerwartet in dieser Sommer-session.

Allein drei Nachtrags-Etats in dieser Session, nachdem der frühere Reichstagsler früher sogar zweijährige Etats für möglich erklärt habe! Diese Fülle von Nachtrags-Etats gebe ja viel mehr zu Erörterungen und Erwägungen Anlaß, als der ordentliche Etat! Weshalb sei man mit dieser Fülle von Forderungen nicht schon beim ordentlichen Etat gekommen, und weshalb nicht schon vor den Wahlen? Er sei mit dem lebhaftesten Interesse in die Verhandlungen über die Vorlage eingetreten, es würde ihm möglich werden, im Verein mit seinen Freunden ihr zuzustimmen. Er habe bestimmt geglaubt, die Regierung werde, nachdem sie mit so abnormen Forderungen an den Reichstag herantreten, nun auch zu Kompensationen bereit sein.

So viel siehe sei, die letzten Wochen und Monate hätten gezeigt, daß die Septennatsfrage vor drei Jahren nur aufgeschoben worden war, um eine der Regierung unbehagliche Majorität zu befehlen. Für ihn und seine Freunde, wie überhaupt für die damalige Minorität bringe die Gegenwart eine traurige Genugthuung. Sei doch das Septennat gegenwärtig völlig in Stücke gerissen! In Städte zerfallen durch die Regierung selber. Er habe die Hoffnung, nach diesen Vorgängen werde sich Niemand mehr finden, weder hier im Reichstage noch im Volke, der künftig noch einmal ein Septennat für notwendig halten und zur Grundlage solcher Angriffe gegen Andersdenkende machen werde. Ihm selber sei von dem Abg. v. Kardorff vorgehalten worden, daß er ja selbst 1884 für das Septennat gestimmt habe. Ja, damals habe es sich aber um die Frage gehandelt, ob Septennat oder Reternat! Ueberdies habe er damals fünf Jahre beantragt, was leider vom Reichstage abgelehnt worden sei. Das Verlangen nach jährlicher Feststellung der Friedenspräsenzstärke habe damals dem Reichstagsler Anlaß gegeben, „Parlamentarismus“ zu sprechen und von parlamentarischer „Machtfrage“ auch noch die Konfessionen hätten in der gegenwärtigen Kommission von Machtfrage gesprochen. Aber das sei eine unerschöpfliche preussische Reminiscenz aus der Konfliktzeit. Das Volk und die Volksvertretung seien doch nicht nur dazu da, Lasten zu bewilligen, es müsse denn doch auch, wenn es Lasten tragen solle, auch Rechte haben. Das Nichtigste wäre, wenn der Militär-Etat ebenso behandelt werde, wie der Marine-Etat. Auch die parlamentarischen Kräfte würden damit nicht zu sonderlich abnehmen. Er habe, wie gesagt, geglaubt, die Regierung werde es jetzt als ihre erste Pflicht betrachten, in dieser Beziehung jeht, bei friedlicheren Verhältnissen zwischen Regierung und Volksvertretung, nachzugeben. Und er bedauere, daß dies nicht zu geschehen scheine. Er bedauere, daß man diesen Ausweg abweise, und daß man dadurch vor aller Welt die Vertretung des Deutschen Reiches als eine solche hinstelle, der man nicht gewähren könne, was sonst überall den Volksvertretungen gewährt werde. Sein Antrag, betreffend die jährliche Bewilligung der Friedenspräsenzstärke, sondern eine natürliche Folge der im Interesse sowohl des Landes, als auch der Ehre des Reiches müsse er ausdrücklich die Wichtigkeit einer Andeutung des Kriegsministers, daß das Septennat ein Kompromiß gewesen sei, und daß Mangel einer Einigung zwischen Regierung und Volksvertretung der Kaiser befugt sei, ganz allein die Friedenspräsenzstärke festzustellen. Der Kaiser sei nach der Verfassung hauptsächlich nur Befehlshaber der Truppen, aber im Rahmen der Befugnisse der Friedenspräsenzstärke festzusetzen habe. Auch schon der vorige Reichstagsler habe jene falsche Auffassung vor Jahren hier im Reichstage vertreten. Er hoffe bestimmt, der neue Herr Reichstagsler werde sich dieselbe nicht aneignen. Zur Begründung der Vorlage werde auf Frankreich verwiesen und England. Aber wenn man der Welt auch in diesen beiden Ländern von Neuem beginne, und wenn auch die neuen Pläne des Herrn Kriegsministers zur Durchführung gelangen, so seien wir doch nicht reich genug, um bis in alle Ewigkeit diesen Weltlauf mitzumachen. Wir haben alles Vertrauen zu den technischen Fähigkeiten der Kriegsverwaltung und zu ihrer Ueberzeugung. Den Technikern der Militärverwaltung zum Trost habe das deutsche Volk die feste Ueberzeugung, daß es des dritten Dienstjahres nicht bedürfe. Man frage nur den Bauer, wie er darüber denke. Das deutsche Volk werde nicht ablassen, bis es

diese Forderung der zweijährigen Dienstzeit erfüllt sehe. Die Regierung freilich habe dieselbe abgewiesen, wie sie ja bei allen bisherigen Militärvorlagen jede Kompensation abgelehnt habe. Er wolle nicht noch näher auf die Frage eingehen, da einer seiner Freunde deren wirtschaftliche Seite noch zu erörtern gedenke. Nur eines noch müsse er sagen. Ein Vertreter der Heeresverwaltung habe die Kasernenorientirten genannt, wo der Soldat wer weiß wie genährt würde; nun, auch darüber werde man der Volksvertretung wohl mittheilen, daß sie ein wenig Bescheid wisse. Neben geht dann auf die finanzielle Lage ein. Während Frankreich in den letzten vier Jahren sein Militärbudget herabgesetzt habe, steige dasselbe bei uns rapid. Herr v. Marschall sage nun, wir brauchen uns um die Deckung des künftigen Mehrbedarfs von 60 Millionen jetzt noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Das sei ein Standpunkt, dem nicht beigepflichtet werden könne. Rechne man die indirekten Steuern und die Belastung durch die Zölle mit ein, so sei der deutsche Steuerzahler mehr belastet, als irgend ein anderer. Wir zahlten sogar an Steuern und Schutzgöllen mehr, als das reiche England. Dieses habe ein Einkommen von 12 1/2 Milliarden, wenn man nur die Einkommen von 3000 M. aufwärts rechne, wie in Deutschland hätten dagegen nur ein Einkommen von 2 1/2 Milliarden, selbst wenn man die Einkommen von 2000 M. aufwärts rechne. Und trotzdem sei unsere Belastung an Steuern und Zöllen eine größere, als in England. Und dabei sei hauptsächlich das keine Einkommen am meisten durch die Zölle belastet. Trotzdem spreche der Staatssekretär von Marschall kein Wort von Befreiung der Ausfuhrprämissen auf Zucker und Branntwein, und von den Getreidezöllen sage derselbe, an deren Aufhebung sei nicht zu denken! Gambetta habe s. B. gesagt: Die Deutschen haben uns mit den Waffen besiegelt, jetzt werden wir sie mit unseren Finanzen besiegen! Damals habe man über das Wort Gambetta's geipottet. Aber jetzt — wie sehe es in der That mit unseren Finanzen! Man solle doch nicht vergessen, daß zur Kriegführung auch gute Finanzen gehören. Was habe man nicht früher für Verbesserungen gemacht, da habe es geheißt, aus den Kornzöllen sollten nicht nur die Reichsausgaben bestritten werden, sondern womöglich auch die Staatsausgaben. Und die Resultate! Herr von Marschall stelle neue Steuern in Aussicht! Derselbe möge nur erst mit den Details seiner Steuerpläne herankommen. Dabei stürzen wir uns in immer neue Ausgaben, selbst für weitgehende koloniale Zwecke. Da müsse er doch endlich sagen: bis hierher und nicht weiter! Wir müßten endlich einmal einen starken, festen Finanzplan haben. Ueberall sei ja überdies das Friedensbedürfnis groß, in allen Ländern. Er meine nicht, daß wir jetzt in Deutschland abrissten sollten. Aber wir müßten doch wünschen, daß endlich einmal mit Ausführung der friedlichen Ideen, wie ihnen jüngst auch sogar ein österreichischer Kriegsminister Ausdruck gegeben habe, ein Anfang gemacht werde. Es bestehe da nur eine Gefahr, daß die Regierung nicht aufhöre, zu rufen. Nehme das nicht ein Ende, dann bestehe die Gefahr einer endlichen Verbrüderung der Massen, von der man ja den Anfang schon sehe! Dieser Gefahr kann nur vorgebeugt werden, wenn die Regierungen zum wenigsten Kompensationen zugestanden zur Entlastung der Massen. Ich hätte nach meiner ganzen Vergangenheit gern für die Vorlage gestimmt. Aber die Regierung hat seit Jahren auch die geringste Erleichterung abgelehnt; deswegen müssen auch wir jetzt sagen: bis hierher und nicht weiter! Fortsetzung der bisherigen Militärpolitik ist ein Ding der Unmöglichkeit — ich werde daher mit meinen Freunden gegen die Vorlage stimmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst (Z.): Ich bedauere es mit dem Vorredner, daß man die Vorlage erst im Hochsommer eingebracht hat. Man hätte sie schon im Januar einbringen können; man hat es aber nicht gethan, weil man ihren Einfluß auf die kommenden Wahlen fürchtete. (Hört, hört! links.) Ich bin mit dem Vorredner einverstanden, daß die Forderungen im höchsten Grade bedauerlich sind und gäbe vieles daran, wenn man sie abheben könnte, denn diese Mehrforderung an Menschen und Geld wird schwer auf der Bevölkerung ruhen. Die tiefergehende Bewegung im ganzen Lande, namentlich in den süddeutschen Kreisen, die seit Jahren täglich massenhaft einfallen, sind ein Beweis, wie schwer schon jetzt der Druck empfunden wird. Die Angriffe der Presse werden nicht und meine Freunde aber nicht abhalten, lediglich der Pflicht zu folgen. Man hat mir besonders vorgeworfen, daß ich plötzlich in das Regierungslager übergegangen sei. Mir ist nichts davon bekannt. Wenn man hierher kommen will mit dem Vorschlag, unter allen Umständen und zu allen Vorlagen Nein zu sagen, dann brauchte man gar nicht hier zu sein. Meine Freunde haben es sich zur ersten Aufgabe gemacht, die Regierung zu unterstützen, wo sie Recht hat, und sie mit Energie zu bekämpfen, wo sie Unrecht hat. Man hat es mir zu Gemüthe geführt, wie es möglich sei, daß wir der Regierung entgegenkommen, obwohl sie auf kirchlichem Gebiet wie kurz vorher bei der Sperrgeldvorlage im Abgeordnetenhaus und heftig bekämpft hat. Es hat uns allerdings große Mühe und Ueberwindung gekostet, um trotzdem das zu thun, was recht ist. Wenn wir aber aus als Stiefkinder behandelt sind und behandelt werden, müssen wir doch dasjenige thun, was recht ist zum Besten des Vaterlandes auch für die, welche uns schaden. Das erfordert die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes! Alles Andere muß vor dieser Frage zurücktreten. Sorgen wir, daß zunächst das gemeinsame Vaterland vertheidigt wird, unsere Streitigkeiten können wir in diesem Vaterlande in Ruhe ausfechten oder uns vergleichen. Nach sorgfältigster Prüfung habe ich mich von der Nothwendigkeit der Forderung überzeugt. Die französische Artillerie ist um 110 Batterien größer, als die unsrige. Wollen Sie es veranlassen, daß unsere Kräfte hinauszieht mit einer solchen infernalen Artillerie? Ich will nicht, daß meine Weiber je nicht mit gleichen Waffen gerüstet sind, wie die Gegner. Deshalb kann ich auch nicht warten, bis im Herbst ein fester Finanzplan vorgelegt wird. Damit würde kostbare Zeit für die notwendigen Anpassungen verloren gehen. Wer sichert uns, daß nicht bei der allgemeinen ungeheuren Spannung ein unerwartetes Ereigniß uns plötzlich zum Kampfe fordert. Auch 1870 kam die Kriegserklärung plötzlich und unerwartet. Mit vollem Recht ist vermuthet worden, daß keine Finanzpläne für die Zukunft gemacht worden sind. Die Finanzverwaltung muß notwendig sich klar werden über die Aufgaben der Zukunft. Die Finanzminister der Einzelstaaten müssen versammelt werden, um einen gemeinsamen durchsichtigen Finanzplan zu schaffen. Ich will um so weniger mit der Bewilligung zögern, als ich überzeugt bin, daß dasjenige, was hier verlangt wird, mit den vorhandenen Mitteln gedeckt werden kann. Leider ist seit der Errichtung des Reiches mit zu großer Freigebigkeit gewirtschaftet und an die Zukunft nicht gedacht worden. Wir werden nicht sparsam, lassen es uns jetzt sein. (Lachen links.) Wir werden, wo es möglich ist, die größte Sparsamkeit üben, keinerlei Luxusausgaben gestatten. Außer den Sozialdemokraten hat keine Partei an sich die Nothwendigkeit der Forderung bestritten. (Widerspruch des Abg. Nidert.) Ich nehme Sie nicht an, Herr Kollege Nidert, und wenn Sie die Nothwendigkeit leugnen, so verweise ich Sie auf die gegenseitigen Aeußerungen des Herrn Vorredners, der die Bewilligung nur an Bedingungen knüpfte. Der Antrag des italienischen Abgeordneten Bongi auf Einstellung eines inter-

nationalen Schiedsgerichts ist von uns mit aller Sympathie begrüßt worden. Daß die Ausführung solcher Anträge nicht so leicht ist (sehr richtig! rechts), darf uns nicht schrecken. Auch die Arbeiterkongresse und ihre Erfolge hätte man nicht für möglich gehalten. Ich habe keinen Anlaß sonst für Herrn Bongi zu schwärmen, (Heiterkeit), aber seine Anregung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, übrigens ist Bongi besser als Crispi. (Heiterkeit.) So lange aber diese Pläne nicht erreicht sind, müssen wir alles für die Sicherheit des Vaterlandes thun. Das unermeßliche Ausland rüstet mit aller Energie und wenn es mit Frankreich zusammen um den Krieg bringt, würden wir bei den größten Anstrengungen nur gemeinsam mit Oesterreich und Italien bestehen können. Die linke Seite verlangt alljährliche Bewilligung und zweijährige Dienstzeit. Die erste Bedingung hat die Regierung kategorisch abgelehnt; wir werden sie fortgesetzt vertreten und auch durchsetzen, aber zur Zeit können wir unsere Zustimmung davon nicht abhängig machen. Die zweijährige Dienstzeit fordert die Mehrheit des Volks mit elementarer Gewalt, der Reichstag muß für sie entschieden eintreten, kann aber auch sie zur Bedingung der jeglichen Bewilligung nicht machen. Die Regierung möge bedenken, daß das Volk die zweijährige Dienstzeit fast einmüthig verlangt. (Widerspruch rechts.) Fragen Sie nur Ihre Wähler. Wir unsererseits verlangen von der Regierung eine kurze bündige Erklärung, daß sie durch Vernehrung der Königsräuber Erleichterungen eintreten lassen wird. (Lachen links.) Die Regierung hat uns mit voller Offenheit und Loyalität ihre weiteren Pläne dargelegt. Die Ausführung dieser Pläne würde eine nicht zu tragende Last auf das Volk legen, sie müssen ein für alle Mal aufgegeben werden. Diese Vorlegungen sind später in der Kommission dahin eingeschränkt worden, daß nur Erwägungen darüber stattgefunden haben, Beschlüsse nicht vorliegen. Wir haben es für nöthig erachtet, gegen diese Pläne einen formellen, klaren Protest zu erheben. Wir verlangen die Aufstellung eines festen Programms für die Zukunft, um die Grenze bestimmen zu können. In diesem Sinne haben die Resolutionen einen hohen Werth. Man sagt, der Windthorst sei alt geworden. (Heiterkeit.) Nun, das ist nicht der Grund meiner Zustimmung, sondern lediglich meine Vaterlandsliebe. Wir sind keineswegs unkonsequent gewesen. Jedzeit bemühen wir uns, die Forderungen herabzusetzen; wo aber die Nothwendigkeit uns dargelegt wurde, haben wir jeden Mann und jeden Groschen bewilligt. Wir wollen nach unserem Programm die größte Sparsamkeit walten lassen, außer wo es sich um die Ehre und Wehrfähigkeit des Landes handelt. Auf der anderen Seite sind wir ja für einjährige Friedensfestsetzung und zweijährige Dienstzeit. Wir stimmen daher für die Vorlage mit den Resolutionen. Wir stimmen nicht für die dazu gestellten Anträge; aber die Differenz liegt nicht in der Sache, sondern in der Form. Der Antrag, betreffend die zweijährige Dienstzeit ist eine Verfassungsänderung und daher in dieser Form nicht zulässig. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn unsere Wähler sehen, wie die Sachen liegen, sie unsere Haltung verstehen werden. (Beifall im Centrum.)

Reichstagsler v. Caprivi: Gegen den materiellen Inhalt der Vorlage, die notwendige Verstärkung des Heeres, die Veränderung der Organisation desselben habe ich keine Einwendungen, auch vom Abg. Nidert nicht. Dies hat mich mit um so mehr Freude und Befriedigung erfüllt, als ich im Namen der verbündeten Regierungen zu erklären habe, daß dieselben nicht gegonnen sind, von den Forderungen der Vorlage abzugehen, und ebenso wenig gegonnen sind, die zu der Vorlage gestellten Anträge anzunehmen. Nach den klaren Darlegungen des Herrn Windthorst über die Vorlage kann ich mich der Mühe befehlen, die er mir zur Pflicht gemacht hat. Herr Nidert hat zwei Einwendungen gegen die Vorlage gemacht, er hat die Höhe der Kosten besprochen und gefragt, warum die Vorlage gerade jetzt vorgelegt sei. Herr Nidert meint, es könne noch gewartet werden. Hier kann ich nur das Bild wieder bringen, das ich schon einmal angewandt habe. Wenn jemand sich einen Wilschleier anschaffen will, so könnte er die Ausgabe ja noch ein Jahr verschieben, wenn ihm die Garantie dafür gegeben werden könnte, daß der wolkenlose Himmel bis über's Jahr andauert. Trotz der günstigen politischen Lage bin ich nicht im Stande, vorherzusagen, wie lange der politische Himmel wolkenfrei bleibt, und deshalb bin ich der Meinung, der Wilschleier muß sofort angeschafft werden. (Sehr richtig! rechts.) Was Herr Windthorst in Bezug auf die Uebereinstimmung der Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten gewünscht hat, mache ich mir völlig zu eigen. Eine derartige Uebereinstimmung ist auch einer meiner schärfsten Wünsche. Eine andere Aeußerung aber des Herrn Windthorst hat mich betrübt. Er hat über den leitenden Minister eines unbefriedigten Staates eine abfällige Aeußerung gemacht. Ich halte es in dem Augenblicke, in welchem Sie über eine Vernehrung des Heeres berathen, nicht für angebracht, an den Bündnissen mit befriedigten Staaten, welchen wir treu zu halten gegonnen sind, zu rütteln. Das Bündniß mit Italien würde freilich auch weiter bestehen, wenn der gegenwärtige leitende Minister Italiens, was Gott verhüten wolle, von seinem Amte zurücktreten sollte. Aber kein anderer Italiener kann uns persönlich eine solche Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Bündnisses geben, als gerade Herr Crispi. (Sehr wahr!) Herr Windthorst hat gemeint, mit Oesterreich zusammen könnten wir auch allein fertig werden, es ist aber ein alter militärischer Grundsatz, daß man zur Entscheidung nie stark genug kommen kann. Ich möchte nicht, daß von den Allianzen, die wir haben, auch nur der kleinste Theil abdröckelt, daß sie auch nur innerlich geschwächt würden. Ich wende mich nun zu den Resolutionen des Herrn Abgeordneten Windthorst. Die erste geht dahin, daß von den Plänen Abstand genommen werden soll, indem deren Durchführung unerschwingliche Kosten im Gefolge haben würde. Ich kenne diese „unerschwinglichen Kosten“ nicht, denn ich kenne die Pläne nicht. (Heiterkeit.) Wenn im nächsten Jahre die verbündeten Regierungen mit militärischen Forderungen hervortreten sollten, was ich noch nicht weiß, so könnte es sich dabei doch bloß um die innere Konsolidirung des Heeres handeln. Wir haben eine ganze Anzahl darauf bezüglicher Fragen noch zu lösen, in dem Sinne, daß es, wie Herr Bismarck sagte, mehr auf gute Truppen als auf viele Truppen ankommt. In dieser Beziehung werden wir noch Manches zu thun haben. Wenn man die Kosten als unerschwinglich bezeichnet, so muß ich sagen, ich finde den Ausdruck zu hoch gegriffen. Ich möchte bloß an die Leistungen des kleinen Preußen in früherer Zeit erinnern. Wie glauben Sie denn, daß das Wort unerschwinglich im Auslande wirken muß? Da gibt es viele Leute, die es mit Befagen hören, daß Deutschland am Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit steht. Ich weiß aber wohl, daß der Ausdruck nicht so gemeint war und nur im Kampfe der Meinungen gebraucht worden ist. Wir wissen, daß wir noch lange nicht am Ende unserer Leistungsfähigkeit sind, wo es Deutschlands Sicherheit und Ehre gilt. (Beifall.) Was die zweite Resolution betrifft, so ist es mir zur Stunde noch unverständlich, warum Sie die Frage des Septennats so akzentuieren, da es sich nur noch um die Bewilligung für drei und ein halbes Jahr handelt und wir das Septennat nur noch zu Ende führen wollen. Ich hatte mir eingebildet, die Fortschrittspartei in dieser

Frage auf meiner Seite zu haben, da wir uns darin nur dem Antrag Stauffenberg angefügt haben, welcher die dreijährige Bewilligung verlangte. Doch zu meinem Bedauern bin ich auf jener Seite auf Widerstand gestoßen und ich kann denselben nur als eine konstitutionelle Straftat bezeichnen. Was ferner die zweijährige Dienstzeit betrifft, so ist diese ein Gegenstand dauernder Erörterungen gewesen, und ich möchte denjenigen, welche dafür schwärmen, bemerken, daß diese Sache zwei Seiten hat. Schon der Umstand, daß die zweijährige Dienstzeit nicht für alle Waffen eingeführt werden kann, macht ihre Einführung in hohem Grade bedenklich. Die Konsequenzen einer solchen Maßregel sind nicht zu übersehen. Die verbündeten Regierungen sind nicht in der Lage, zur Zeit auf eine Verlängerung der Dienstzeit einzugehen. Was schließlich die dritte Resolution anlangt, so bin ich ermächtigt, zu erklären für ganz Deutschland, daß in diesem Herbst in erhöhtem Umfange Beurlaubungen in dem Grade stattfinden werden, wie es sich mit den Rücksichten des militärischen Dienstbetriebes vereinigen läßt. Nach der Aufstellung, die wir gemacht haben, ergibt sich die Zahl von 6000 Mann. (Beifall.) Die verbündeten Regierungen haben also hierin Entgegenkommen bewiesen. Auf etwas Weiteres können sie nicht eingehen. Wir sind nicht in der Lage von unseren Forderungen etwas aufzugeben, und ich bitte das hohe Haus, die Vorlage unverändert und möglichst einstimmig anzunehmen. Man hat mir in der freisinnigen Presse imputiert, daß ich eine Schenke für mich erlangt hätte. Das ist nicht der Fall. Schließen Sie nur immer auf mich; ich habe die Schenke nicht für mich, sondern nur für Deutschland beansprucht. (Beifall rechts.) Glauben Sie nicht, daß es der Regierung ein Vergnügen macht, Menschen und Steuern zu fordern! Sie handelt dabei nur aus Pflichtgefühl. Erkennt sie aber, daß ihre Forderungen für das deutsche Volk notwendig sind, so würde sie unredlich handeln, wenn sie nicht mit allen Mitteln dieselben durchzuführen suchte. Wohin dabei entsetzliche Differenzen führen könnten, will ich nicht weiter ausführen. Ich will dabei nur auf die Folgen für unsere auswärtige Politik hinweisen. Ich frage: ist es logisch, in einem Zeitpunkte, in dem wir für einen, wenn auch hoffentlich kurzen Krieg uns vorbereiten, eine Verärgerung unserer Gegner durch — ich will nicht sagen einen Konflikt, aber durch Differenzen in unserem politischen Leben herbeizuführen? (Sehr richtig!) Wenn es zu einem Kriege kommt, kann er nur geführt werden, wenn die ganze Nation einmütig zusammenhält. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Fürst Hatzfeldt (Rp.): Der Hauptgrund des Abg. Richter gegen die Vorlage war der, daß sie im Sommer eingebracht worden. Die Vorlage ist nicht weiter als die Konsequenz der nach dem Septennat in Frankreich vorgenommenen Armeereorganisation und der von uns bereits bewilligten beiden neuen Armeekorps. Durch die vermehrte Einstellung entsteht ein Schaden nicht, denn der gediente Soldat ist ein geschickter und gewerkter Arbeiter. Unrichtig ist es auch, daß die finanzielle Mehrbelastung so groß ist, daß das Volk sie nicht ertragen könnte. Insbesondere sind die vom Abg. Richter über die Belastung durch die Getreidezölle vorgebrachten Zahlen zu hoch gegriffen. Wie man eine zur Sicherheit des Reichs notwendige Bewilligung von einer Vermehrung der Parlamentenrechte abhängig machen kann, verstehe ich nicht. Wir stimmen für die Vorlage, wir stimmen auch zum überwiegenden Theil für die Resolution 1 des Abg. Windthorst, aber nicht für die Resolution betreffend Einführung der zweijährigen Dienstzeit, auch nicht für die Resolution Bamberger, weil wir die Verfassungsänderung nicht so nebenher behandeln wollen. Die Bewegung im Volke ist nur eine Folge Ihrer Agitation vor den Wahlen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Wir haben allerdings im Jahre 1887 jeden Mann und jeden Groschen bewilligen wollen. Das bezog sich aber nur auf 488 000 Mann. Es sollte das nicht bedeuten, daß, wenn weitere Forderungen gestellt werden, wir auch zu deren Bewilligung bereit sind. Gerade weil damals für sieben Jahre die Präsenz festgesetzt worden ist, sind wir jetzt nach drei Jahren um so mehr berechtigt, zu fragen, ob es schon angezeigt war, über die damalige Grenze hinauszugehen. Der Reichskanzler stellte in Aussicht, daß für diesen Herbst die Zahl der Dispositionsurlauber im ganzen deutschen Heere um 6000 Mann vermehrt werden würde. Diese Vorlage bedeutet eine Erhöhung des Jahresrekrutenkontingents um 6000 Mann. Bei der Infanterie wurden schon bisher 85 pCt. des jährlichen Kontingents nach 2 Jahren zur Disposition beurlaubt, also würde schon bei Vermehrung des Kontingents um 6000 Mann jährlich das bisherige Verhältnis eine Vermehrung der Dispositionsurlauber um 36 pCt. von 6000, also um rund 2000 Mann bedingen, so daß, wenn überhaupt die absolute Zahl der Dispositionsurlauber sich gegen bisher nur um 6000 Mann erhöht, darin nur eine KonzeSSION von 4000 Urlaubern über das bisherige Verhältnis liegt. Doch ich nehme an, daß der Reichskanzler das nicht gemeint hat, sondern über das proportionale Verhältnis von bisher hinaus eine Vermehrung der Urlauber nicht um 4000, sondern um 6000 Mann beabsichtigt. Ich erkenne an, daß hierin eine KonzeSSION gemacht ist, die in der Kommission von den Mittelparteien wiederholt in Anregung gebracht, dort aber von dem Reichskanzler nicht bewilligt worden ist. Es zeigt dies, daß, wenn ein Wille erst vorhanden ist, sich auch ein Weg für die Militärverwaltung findet, Erleichterungen zu schaffen. Ich bedaure aber nur, daß dieser Weg, der jetzt betreten ist, ein überaus schmaler und die KonzeSSION so wenig erheblich ist, daß sie nach meiner persönlichen Auffassung unmöglich eine Brücke bilden kann, um für die Gesamthaltung gegenüber in der Vorlage eine Aenderung herbeizuführen. Die Vermehrung der Urlauber um 6000 Mann bedeutet nur eine Verminderung der in der Vorlage geforderten dauernden organischen persönlichen Mehrbelastung um ein Drittel und der finanziellen Mehrbelastung um ein Neuntel und vielleicht ein Zehntel. Aber auch eine Verminderung der persönlichen Mehrbelastung um ein Drittel ist es nicht. Die 18 000 Mann werden mit ihrer ganzen Persönlichkeit an den militärischen Dienst gefesselt; die 6000 Mann aber werden für das 3. Jahr nicht jeder Militärpflicht entbunden, sondern nur zur Disposition beurlaubt. Jeder dieser 6000 Mann kann auch im dritten Jahre zum Dienst herangezogen werden, wenn aus irgend einem Grunde z. B. bei Manövern oder infolge regelmäßigen Abganges durch Tod u. s. w. eine Verstärkung der Kadres erforderlich wird. Wir haben ja auch aus den mitgetheilten Zahlen ersehen, daß 5000 solcher Urlauber im Laufe des Jahres wieder eingezogen werden. Nun ist das allerdings nur ein Prozentjah von der Gesamtheit der Urlauber, aber die Möglichkeit zu denjenigen zu gehören, die in dem dritten Jahre wieder eingezogen werden, trägt eine Unsicherheit in die ganze bürgerlichen Verhältnisse, auch der Entlassenen. Deshalb sind auch diese 6000 Mann Erleichterung nicht so vollständig wie es ziffermäßig angehen werden könnte. Das gesammte Jahreskontingent beträgt 180 000 Mann, die Erleichterung kommt also nur ein Dreißigstel zu gute. Bei der Infanterie betragen die Urlauber, da das jährliche Infanteriekontingent über 100 000 Mann beträgt, etwa 35 pCt. Rechnet man zu den 85 000 Urlaubern, die 6000, d. h. 6 pCt. hinzu, so ergibt das im Ganzen 41 pCt., und es bleiben noch 59 pCt., also drei Fünftel des ganzen Jahreskontingents, die zu dreijähriger Dienstzeit verurtheilt sind. Wie weit ist das entfernt von der gewünschten Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Je mehr wir uns mit der Sache beschäftigen, desto mehr haben wir gefunden, daß, weit über unsere Erwartung hinaus, die Forderung der zweijährigen Dienstzeit einen Widerhall in den weitesten Schichten des Volkes hat. Aus zahlreichen Zuschriften erfahre ich, daß gerade die Dreijähriggedienten die Ueberzeugung in den Kreisen des Volkes verbreiten, wie überflüssig und entbehrlich das dritte Jahr ist. Die zweijährige Dienstzeit ist überaus populär. Die Einrichtung der Dispositionsurlauber ist gar nicht populär, weil sie Niemand bis zum letzten Tage des dritten Jahres eine Sicherheit giebt, ob er wirklich unter denjenigen sein werde, die von dem dritten Dienstjahre entbunden sind, und doch giebt nur diese Sicherheit die Möglichkeit, sich in den bürgerlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

einzurichten, seinen ganzen Lebensgang mit den militärischen Forderungen in Uebereinstimmung zu bringen. Die Einrichtung der Dispositionsurlauber schafft weit mehr Unzufriedenheit bei denjenigen, welche im dritten Jahre zurückbleiben, als sie Zufriedenheit mit sich bringt bei denen, denen das dritte Jahr erlassen wird. Also im Verhältnis zu dem, was wir verlangen, ist das, was der Reichskanzler angeboten hat, ein Fünftelrecht, und wenn wir darauf eingehen sollten, würde man in weiteren Kreisen des Volkes versucht sein, zu glauben, daß es uns überhaupt an dem notwendigen Ernst bei dieser Forderung gemangelt hat. Man würde mit einem freikonservativen Abgeordneten in der Kommission sagen, sie sei ausgestellt gewesen, utaliquid facisso videatur. Was der Reichskanzler angeboten hat, kann nur für diejenigen ausreichen, die schon zu neunundneunzig Hundertstel von der Vortrefflichkeit der Vorlage überzeugt waren, für diejenigen, die bereit waren, einzuschlagen in die ganze Hand, auch wenn nur die Spitze des kleinsten Fingers geboten wird. Nun hat der Abgeordnete Windthorst in der sicheren Vorahnung dessen, was der Reichskanzler sagen wird (Heiterkeit links), gesagt, die größere Zahl der Dispositionsurlauber wäre ein erheblicher Schritt auf der Bahn zum zweijährigen Dienst. Ich würde mich darüber sehr freuen, aber ich vermag das nicht anzuerkennen. Das System der Dispositionsurlauber gehört nicht zu dem System der zweijährigen Dienstzeit. Es ist das Mittel für das letztere System, sich zu akkommodiren gegenüber den veränderten Finanz- und sonstigen Verhältnissen. Ohne die Dispositionsurlauber wären wir die dreijährige Dienstzeit längst los geworden. Dies ist thätlich eine Befestigung der dreijährigen Dienstzeit. Es wäre ja anders, wenn es sich hier um große Ziffern handelte, um 24 000 Mann Urlaub, wie der Abg. Hise in der Kommission angedeutet hat. Unter der Herrschaft der dreijährigen Dienstzeit haben wir schon viel höhere Ziffern von Urlaubern gehabt, als jetzt einschließlich der 6000 Mann. Vor 1875 betrug die Zahl der bei der Infanterie Beurlaubten mehr als die Hälfte, und selbst nach Einführung des ersten Septennats war die Zahl noch größer als sie jetzt werden soll. Eine Vermehrung der Dispositionsurlauber könnte man als einen wenn auch kleinen Schritt auf der Bahn zur zweijährigen Dienstzeit ansehen, wenn der Reichskanzler über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit gewisse Zusicherungen für die Zukunft gäbe. Statt dessen hören wir nur das Nein, und welche Klust selbst in Bezug auf die volkswirtschaftlichen Anschauungen, die hierbei in Frage kommen, und trennt, haben ja die Ausführungen des Herrn Vogel von Falkenstein in der Kommission überzeugend dargelegt. Die Zukunftspläne für das Heer hält der Abgeordnete Windthorst für aufgegeben, wodurch denn? Durch seine Resolutionen? Der Reichskanzler hat die Windthorst'schen Resolutionen keineswegs freundlich behandelt. Er hat sie eingehend kritisiert und namentlich bei den Zukunftsplänen mit dem Abgeordneten Windthorst gerechnet, was unerschwingliche Lasten seien. Die Herren Militärs in parlamentarischen Leben wissen sehr genau, was sie sprechen, am wenigsten von ihrer Seite wird ein Wort gesagt, das nicht genau vorbedacht ist. Alles, was sie über die Zukunftspläne gesprochen, ist auch wohl überlegen, so sehr man sich auch auf der rechten Seite bemüht, das als bedeutungslos hinzustellen. Die Herren haben wohl gewußt, daß sie mit diesen Plänen die Annahme der gegenwärtigen Vorlage sich nicht erleichtern, und wenn sie sie dennoch geäußert haben, so beweist das den vollen Ernst, der sie bei diesen Plänen besetzt. Man hat gesagt, bei den Zukunftsplänen würde man KonzeSSIONen gewähren. Wenn die gegenwärtige KonzeSSION präjudizirt werden soll, so würde sich bei 55 000 Mann nur eine KonzeSSION von 18 000 Mann ergeben. Wenn man auf diesem Wege die zweijährige Dienstzeit durchzuführen wollte, so müßte auf dem Wege der Kompensation erst eine Heeresvermehrung von 3 Mal 55 000 also 165 000 Mann eintreten. Schon wegen der Uebergangsverhältnisse belastet diese Vorlage uns sehr stark. Will man die 18 000 Mann mehr schaffen, indem man sie auf einmal einstellt, während normal nur 6000 eingestellt werden? Wie denkt man sich das namentlich bei der Artillerie? Sollen mehr Mann hier auch nach dem dritten Jahre zurückgehalten werden? 12 Millionen werden in dem Nachtragsetat, wie durch die Zeitungen geht, für außerordentliche Uebungen der Reservisten von 13—14 Tagen verlangt. Das bedeutet eine außerordentliche Einziehung von 800 000 bis 700 000 Mann und allein für dieses Jahr außerhalb dieser Vorlage eine Verstärkung der Friedenspräsenz um 60—70 Tausend Mann. Der Herr Reichskanzler meint, Herr Richter habe die Nothwendigkeit der Vorlage anerkannt. Der Abg. Richter hat mich bevollmächtigt zu erklären, daß er diese Nothwendigkeit mit keinem Worte anerkannt hat, vielleicht ist das Mißverständnis dadurch entstanden, daß er sagte, selbst wenn ich die Nothwendigkeit anerkennen wollte, so können noch diese und diese Gründe in Betracht. Ich habe allerdings die militärische Nothwendigkeit durchaus nicht in dem Maße anerkannt, wie es bei den Abgeordneten Windthorst und anderen Mitgliedern der Kommission der Fall gewesen ist. Der Abg. Windthorst beruft sich darauf, daß wir die Störspähne bewilligt haben. Wir haben dieselben bewilligt, nachdem der Kriegsminister erklärt hat, daß dieselben in dem Rahmen der früheren Friedenspräsenzstärke gebildet werden könnten. Der Abgeordnete Windthorst ist also ministerieller als der Minister selbst. Der Abg. Windthorst hat ordentlich geflüstelt gemacht. Er hat von der Nothwendigkeit gesprochen, für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes einzutreten. Der Feind würde sonst ins Land hereinvordern. Das war gesprochen, wie die Wahlredner der Kartellparteien 1887 gesprochen haben. (Links: Sehr wahr!) Das Volk ist inzwischen ruhiger und vernünftiger geworden. Das Angstprodukt ist geschwunden und ein Abgeordneter hätte keinen Grund, die Angst zu produziren wie der Abg. Windthorst es gethan hat. (Lebhafter Beifall links.) Der Abg. Windthorst hat von einem Konflikt gesprochen. Die Regierung hat das Wort nicht in den Mund genommen und keiner von der rechten Seite. Der Abg. Windthorst hätte kein taktisches Interesse daran gehabt. Er spricht von den Leuten, die nicht wüßten, was sie thäten. Was weiß er denn mehr? Dann heraus mit der Sprache! (Beifall links.) Und alles das sagt er gegen das Dreigestirn einer sozialdemokratischen Zeitung, ich weiß nicht, welche er gemeint hat, der „Frankf. Zeitung“ und der „Freisinnigen Zeitung“. Seit wann hält er es für nöthig, sich gegen drei Zeitungen zu wenden? Nein, diese Rede brauchte er gegen seine Partei, um dort den Widerspruch und die wichtigsten Bedenken niederzulampfen. Deswegen die Malerei des Konflikts, die Angstmalerei, daß es Manchem dabei schwer wird, die Vorlage fogleich zu prüfen (Zustimmung links). Daß die Franzosen im Frieden mehr Militär haben als wir, ist doch keine Thatsache, die heute zum ersten Male bekannt wird. Es kommt doch nicht darauf an, wie viele Soldaten auf dem Paradeplatz stehen, sondern wie viel auf den Kriegspoln gestellt werden. Kennt der Abg. Windthorst die Zahl unserer Feldbatterie? Ich kenne sie, aber ich sage sie nicht. (Heiterkeit rechts.) Ich sage sie nicht, weil ich verpflichtet bin, sie geheim zu halten. Ich halte mich an das, was hier öffentlich von dem Kriegsminister verkündet worden ist. Der Kriegsminister von Kronast sagte 1889, als wir die 3000 Artilleristen und 4000 Pferde bewilligten, daß diese Bewilligung bis 1894 ausreichen und weiteres für die Artillerie nicht verlangt werden. Also könnte von militärischer Seite nur mehr verlangt werden in dem Verhältnis als in den Nachbarsstaaten seitdem mehr Artillerie geschaffen worden ist. Nicht 70, sondern 19 französische Batterien Feldartillerie sind seitdem mehr geschaffen worden. Wenn ich auch außer Betracht lasse, daß diese 19 Batterien durch Vermehrung der italienischen Batterien hervorgerufen sind, so könnte ich doch nur zu einer Mehrbewilligung von eben nur 19 Batterien kommen. Diese 19 Batterien könnte man aber aus der Ersparnis der 6000 Dispositionsurlauber herstellen. Geht, ich erkenne die Vermehrung der Artillerie als notwendig an, dann

kann ich doch die Bedingung daran knüpfen, daß anderes minder nothwendiges als die Artillerie eingespart wird, um das unbedingt Nothwendige durchzuführen zu können. Wir haben ja in der Kommission angedeutet, wo diese Ersparnisse gemacht werden können. Wenn es unbedingt nothwendig ist, diese Batterien zu beschaffen, so würden sich in dem großen Rahmen des Militäretats von über 900 Millionen mit Beihilfe der 6—7 Millionen dafür finden. — Ich kann nicht genau ausrechnen, was 6000 Mann Gemeine weniger zu unterhalten, für eine Ersparnis bringt. Ich glaube, nicht über 2 Millionen. Jedemfalls ist die Ersparnis nicht so groß, wie die eines einzigen Monats Rekrutenersatz. Diese Vorlage verlangt einen Mehraufwand von 18 Mill. Mark und wenn man auch, wie ich hoffe, an den Unteroffizierprämien etwas abzieht oder sie gar nicht bewilligt, so kommt andererseits die Steigerung der Hindlast auf dem Extraordinarium hinzu, der Mehraufwand wird also immer auf 18 Millionen zu schätzen sein. Eine Ersparnis von 2 Mill. bedeutet also nur 1/9. Das ist doch ein Tropfen auf den heißen Stein unserer Finanzen. Wer sie ungünstig ansieht und nicht die Verantwortlichkeit für neue Steuern übernehmen will, kann deshalb nicht darum der Vorlage zustimmen, weil die Mehrbelastung um 2 Millionen erleichtert wird. Der Schatzsekretär jagt uns in der Kommission, er beschäftigt sich schon ausreichend mit neuen Steuer-Vorlagen für das Reich und für Preußen, und fordert uns auch auf, ihm Artikel, auf die noch Steuern gelegt werden könnten, namhaft zu machen und seiner Phantasie zu Hülfe zu kommen. (Heiterkeit.) Lebhafter kann uns doch nicht vorgemalt werden, was uns bevorsteht. Es ist uns schatz zu Gemüthe geführt worden, daß wir durch die Annahme der Vorlage einen Wechsel auf neue Steuern ausstellen und daß wir auf eine Ermäßigung der Kornzölle verzichten. Der Abg. Windthorst hat heute nach dem neuen Finanzplan gefragt und eine Zusammenkunft der Finanzminister der einzelnen Staaten gewünscht. Ich bin garnicht neugierig auf den ganzen Finanzplan. (Heiterkeit.) Das ist doch nur ein Euphemismus für neue Steuerprojekte. Die Phantasie des einen Finanzministers wird die der anderen unterstützen, um zu neuen Steuerprojekten zu kommen. Nun sollen wir in Preußen einen neuen Finanzminister bekommen, das kann mich garnicht beruhigen. (Heiterkeit.) Wie ist ein alter Finanzminister viel lieber als ein neuer (Heiterkeit), denn einen alten, dessen Kasse erschöpft, dessen Phantasie nicht mehr so lebhaft ist, kann ich mir viel eher gefallen lassen. (Heiterkeit.) Auch hier gilt das Sprichwort: neue Besen kehren gut. Was erst ein neuer Finanzminister leisten wird, kann man sich denken. (Heiterkeit.) Wenn der neue Finanzminister auch nicht aus den konservativen genommen wird, wenn selbst ein konservativer nicht ausreicht, um die neuen Steuern zu schaffen, die nöthig sind, wieviel mag dann aus dem Programm werden, nachdem wir gesehen haben, was ein konservativer Finanzminister an neuen Steuern geleistet hat! Der Abgeordnete Windthorst legt großen Werth auf seine Resolutionen, aber die Art, wie der Reichskanzler dieselben behandelt hat, hat die Werthschätzung derselben erhöht. Eine solche Resolution ist ein Monolog, so lange die Regierung sich nicht zustimmend erklärt. Die Resolutionen sind allerdings eine Rundgebung des Reichstages für die Zukunft, nach dem, was der Reichskanzler heute sagte, kann ich sie aber nicht übersehen. Der Abgeordnete Windthorst sagt, daß wir seit der Gründung des Reichs mit so großer Freigebigkeit gewirtschaftet hätten und nun sparen müßten, und schließlich bewilligt er diese 12 Millionen. Diese Mahnung stärkt mich in meiner ablehnenden Haltung, zumal die KonzeSSIONen des Reichskanzlers unerheblich sind. Nach den kolossalen Bewilligungen für Heer und Marine in den letzten vier Jahren ist die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes, die wir nicht minder am Herzen liegt wie jedem anderen, in keiner Weise gefährdet, wenn wir hier einmal deutlich sagen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall links.)

Bundeskommissar Major Saatz: Ich muß einige Zahlen des Abg. Richter über die Mehrbeurlaubungen richtig stellen. Die Staatsstärke der deutschen Infanterie an Gefreiten und Gemeinen beträgt 261 000 Mann. Daher müßten bei voller dreijähriger Dienstzeit jährlich 1/3 und ein gewisser Prozentsatz für Abgänge eingestellt werden, macht 92 000 Mann. Thatsächlich stellen wir jährlich 109 672 Rekruten ein und in drei Jahren zusammen 318 000 Mann. Siehen Sie davon die Staatsstärke von 261 000 Mann ab, so ergibt sich, daß wir alle Jahre bei der Infanterie und den Jägern 52 000 Mann zur Disposition beurlauben. In diesen Mannschaften sollen jetzt noch die 6000 Mann hinzukommen, von denen der Reichskanzler sprach, ohne Bezug auf die 18 000 Mann, die jetzt mehr gefordert werden, also hat der bisherige 52 000 Mann 58 000, also etwa 1/3 mehr von den bis jetzt Beurlaubten. Bei zweijähriger Dienstzeit müßten wir die Hälfte der Staatsstärke der Infanterie und Jäger jährlich an Rekruten einstellen, also 135 000 Mann, d. h. gegenüber den vorher erwähnten 109 000 Mann 26 000 mehr. (Hört, hört! rechts.) Wie die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke im nächsten Herbst gewonnen werden soll, ist in der Kommission und in der Begründung der Vorlage ausserandergesetzt worden, nämlich im Wege der regelmäßigen Rekruten-einstellung. Die Ziffer der Mannschaften, welche behufs Ausbildung mit dem neuen Gewehr zu Uebungen eingezogen werden sollen, werden die Herren auch in der Vorlage, die noch dem Bundesrath vorliegt, nicht finden, weil es in unserem Interesse liegt, diese Ziffer dem Auslande darzulegen. (Zustimmung rechts.) In der Kommission werden die Herren genau erfahren, und ich kann versichern, daß die Ziffer, die der Abg. Richter angegeben hat, sehr erheblich zu hoch gegriffen war.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Abg. Richter vermahnt sich in einer persönlichen Bemerkung dagegen, daß er die Nothwendigkeit der Vorlage anerkannt hätte. Er habe nur gesagt, er möchte gern die Gründe der Militärverwaltung über die Vermehrung der Artillerie anerkennen, aber die militärischen Gründe könnten nicht allein entscheiden, sie seien auch nicht überzeugend, besonders nicht für die sofortige Bewilligung.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Militärvorlage.)

Lokales.

Der Wasserthurm, welcher in dem Viktoriapark auf dem Kreuzberge hergestellt werden soll, ist so gedacht, daß derselbe in der Achse der Großbeerstraße den schroff abfallenden Hang hinab, von der Großbeerstraße aus in seiner ganzen Länge zur Geltung kommt und, ähnlich, wie eine architektonische Skulptur direkt auf den Beschauer zufließend, als zusammenhängende Wassermaße wirkt, welche jedoch durch keine, geschichtl. dissonante Abweichungen von der einfachen Linie und die ganze Haltung der herzustellenden, begrenzenden Felsmassen und vor allem durch naturgemäße Gliederung der dem Hange möglichst anzupassenden Absätze, zusammen mit der umgebenden Vegetation einen malerischen Eindruck hervorruft. Von dem natürlichen Schluffbecken des Wasserfalls fließt das wieder nach der Ausgangsstelle zu schaffende Wasser in geschlossener Rohrleitung zu den am Fuße des Berges aufzustellenden Pumpmaschinen, während ein kleiner Theil, welcher, um das Wasser frisch zu erhalten, aus Tiefbrunnen zu erheben ist, unterirdisch bis zu einer nahe liegenden Schlucht geführt, in dieser herabgestürzt und unter der aus Eisen oder Mauerwerk herzustellenden Brücke, im Zuge des breiten Hauptausgangs, und über Steinblöcke feststehend, natürliche Kaskaden bildend, in den kleinen Weiher am Fuße des Kreuzberges sich ergießt und dann durch den Rothkanal, welcher durch die Wellenallianzstraße geht, in den Schiffahrtskanal abgeführt wird. Die Höhe des Hauptabsturzes soll 14 1/2 Meter, die des seitlichen, unteren Absturzes 8 1/2 Meter hoch werden. Da die projektirten Willenhäuser an der Kreuzbergsstraße

verdienen kann in merkantilischer Beschäftigung auf Handpressen. Ich bitte Sie um Ihre Arbeitsbedingungen, u. ob Sie auch auf die von mir gefagten Bedingungen, wie mein Lithograph u. meine Drucker eingegangen sein, einklinken. Sie verpflichten sich als ordnungsliebender, fleißiger, pünktlicher u. bescheidener Arbeiter zu arbeiten. Die Arbeitszeit ist von früh 7 Uhr bis Mittags 12 u. von 1 Uhr bis Abends 7 Uhr, jedoch darf es Ihnen daraus nicht ankommen, auch etwas länger zu arbeiten. Ich, der Prinzipal A. Rothe, verpflichtet sich bei stets fleißiger, ordentlicher u. guter Arbeit, den vorgeschlagen Gehalt zu zahlen. Nichtarbeit z. B. Feiertage oder Krankheit z. bezahlt der Prinzipal keinen Lohn, da ja dafür die Krankenkassen existieren, jedoch richtige u. fleißige Arbeitsstunden, werden nach Uebereinkommen bezahlt u. sind Sie als Steinbruder verpflichtet zu jeder Zeit, wenn es der Prinzipal verlangt zu arbeiten u. alles zu thun, was zum Vortheil des Prinzipals erforderlich ist; auch sind Sie verpflichtet mit den andern Druckerpersonal, abwechselnd die Sonntagsvormittags Contornachen z. von früh 7 Uhr bis Mittags 12 Uhr ordentlich u. unendgedlich zu führen; auch müssen Sie sorgen, daß die Pressen z. immer sauber und rein gehalten resp. gepußt sein. Dies sind so meine Bedingungen und bitte Sie, mir dieselben durch Abschrift bestätigen zu wollen und mir bald schreiben, wenn Sie antreten wollen in mein Geschäft. Mein Drucker geht Sonnabend über 8 Tage fort. Reisgeld zahle ich nach vierwöchentlicher Arbeit bei mir für die 4. te Klasse doch müssen Sie mir es zurück zahlen, wenn Sie unter einen Jahr die Arbeit bei mir entlassen oder entlassen müssen

Achtungsvoll

L. Rothe.

Also 8 M. Lohn, dabei ordnungsliebend, tüchtig, fleißig, bescheiden. Unbegrenzte Arbeitszeit und zwar nicht unter 11 Stunden täglich, doch halt! bald hätten wir eine Unwahrheit gesagt, — des Sonntags wird nur 5 Stunden gearbeitet und, wie dies für einen bescheidenen Menschen sich ziemt, natürlich unentgeltlich, oder bezahlt die Krankenkasse auch die Sonn- und Feiertagsarbeit? Es ist aber auch alles sehr billig in Glogau — nämlich genau so wie anderwärts im Deutschen Reich. — Wer alle obigen Eigenschaften besitzt, muß deshalb unfehlbar in ein paar Jahren selbst Kapitalist und Druckerbesitzer sein. Herrlich! Herrlich! Auf nach Glogau! Es mangelt uns in Deutschland ganz entschieden nicht an Gesetzeparagraphe, namentlich nicht an solchen zum Schutze des Privateigentums, allein einen gesetzlichen Schutz gegen schrankenlose Ausbeutung, welche einem Diebstahl an der Arbeitskraft, am einzigen Kapitale des Arbeiters gleichkommt, haben wir nicht.

Im „Stettiner Tageblatt“ finden wir folgende Annonce: Zur Unterbringung von 300 fremden Maurern und Zimmerleuten werden Quartiere gesucht, eventuell größere leerstehende, gut ventilirte Höden und Kaminräume. Anmeldungen hiefür werden auf unserm Meßamt, Kronprinzenstr. 6, durch Herrn Maurermeister Urban bis Sonntag, den 22. d. Mts., entgegen genommen. Stettin, den 19. Juni 1890. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Maurer- und Zimmerergeschäfte zu Stettin und Kreis Randow. — Wer also auf einem Boden oder in einer Kiste in einem Messenquartier schlafen will, kann sich ja bei dem schönen Bund der Arbeitgeber melden.

Verfassungen.

Achtung! Den Delegirten sämtlicher Gewerke zur Central- Streik-Kontrollkommission zur Nachricht, daß die Versammlung der Delegirten am Donnerstag, den 3. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 23, stattfindet. Die vorläufige Tagesordnung wird sein: 1. Konstituierung der Central- Streik-Kontrollkommission. 2. Anträge. 3. Geschäftliche. 4. Verschiedenes. Diejenigen Gewerkschaften, welche noch nicht zur Central- Streik-Kontrollkommission Stellung genommen haben, werden ersucht, dies sofort zu thun. Nur solche Delegirten werden anerkannt, die in offener Versammlung (nicht in Vereinsversammlungen der Fachvereine) gewählt sind. Die Anmeldungen der Delegirten sind von den Bureaus der Versammlungen sofort an einem der Unterzeichneten zu richten. Bis jetzt sind nur sehr wenige Anmeldungen erfolgt, selbst von solchen Gewerkschaften, in denen die Wahlen schon vorgenommen sind.

Die Beauftragten:

Aug. Läterow, Mauverstr. 9, 3 Tr. Karl Thieme, Rappinerstr. 3. E. Wiedemann, Wendenstr. 2, 4 Tr. und Wallstr. 7/8.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie. Kollegen und Kolleginnen! In der am 21. April in den Bärgefäßen stattgehabten kombinierten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie wurde laut Beschluß die Nothwendigkeit eines abzuhaltenen Kongresses anerkannt, auf welchen unsere Gewerkschaftsverhältnisse einer eingehenden Besprechung unterzogen werden, um Mittel und Wege zu finden, unsere tieftraurige Lage derart zu gestalten, damit wir allen Anforderungen, welche die heutige Zeit an uns stellt, gerecht werden können. Arbeitsgenossen und Genossinnen! Die Einberufung des Kongresses ist inzwischen geschehen und findet derselbe in der Zeit vom 12. bis 16. August statt. Zur Besprechung der bereits aufgestellten Tagesordnung sowie etwa zu stellender Anträge findet am Montag, den 3. Juni, Abends 8 Uhr, in Mag's (früher Heideich) großem Festsaal, Deuthstr. 21, eine große öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie statt. Die Kongresskommission. A. Schulz, W. Kroll, L. Pfeiffer, Frau Gubela, Frau Leuschner.

Der **Fachverein der Steinbrüder und Lithographen** hielt am 19. d. M. seine Mitgliederversammlung in Jordan's Salon ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Bastian, demselben einen kurzen Nachruf widmend. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Beim Verlesen des Protokolls wurde vom Kassirer Kollegen Wigel bemerkt, daß die in der letzten Sitzung angekündigten Steinbrüder Godeschwagger und Gordanitz, welche in Vertretung als Streikbrecher eingetreten sind, gar nicht Mitglieder des Vereins gewesen sind u. d. Folge dessen auch nicht ausgeschlossen werden können. Trotzdem haben dieselben durch ihr unkollegiales Verhalten sich die Ausübung, jemals Mitglieder unseres Vereins zu werden, verwirkt. Nimmere erhebt Herr W. Wölke das Wort zu einem einstündigen Vortrage über „Heinrich Heine“, welcher alle Anwesenden in hohem Maße interessirte und reichen Beifall fand. Da sich zur Diskussion kein Redner meldete, so nahm Kollege Simonsohn zu Punkt 3 „Unser Fachorgan“ das Wort. In sachlicher Weise führte er den Anwesenden das Vertheilung eines Fachorgans vor Augen, zugleich bemerkend, daß das Vertheilung so wenig Verbreitung unter der Kollegenschaft gefunden, denn eine winzige Zahl sei es doch, wenn dasselbe in ganz Deutschland nur 1400 Abonnenten zählt. Auch ist es nicht möglich, dasselbe bei einem so geringen Abonnentenstand allwöchentlich erscheinen zu lassen. Jedoch wenn dasselbe obligatorisch als Vereinsorgan eingeführt, dann wird auch dieses möglich sein, denn selbst unter den Vereinsmitgliedern sind noch viele, welche nicht Abonnenten sind. Als Beispiel, daß die Einführung als Vereinsorgan möglich ist, führte Redner Hamburg an, wo die Kollegen allwöchentlich mit dem

Vereinsbeitrag auch die „Gr. Presse“ bezahlen, und somit jedes Vereinsmitglied auch Abnehmer derselben ist. Ein Antrag, den Vereinsbeitrag auf 60—65 Pf. zu erhöhen, wofür dann die Presse geliefert wird, und den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen, wurde einstimmig angenommen. Zu Punkt 4, „Unser Arbeitsnachweis“, sprach Kollege Preuß. Der Werth eines eigenen Gehilfen- Arbeitsnachweises dürfe von der Kollegenschaft nie unterschätzt werden, welches jedoch leider bei unseren Kollegen noch allzu sehr der Fall ist, das beweist, daß selbst Vereinsmitglieder zu Herrn Herrmann hingehen, um Arbeit anfragend, trotzdem der Herr alle Hebel in Bewegung setzt und kein Mittel unversucht läßt, unseren Arbeitsnachweis zu schädigen. Leider erhält der Herr auch die Unterstützung verschiedener Arbeitgeber, welche unserem Verein nicht sympathisch gegenüber stehen. Aus allen diesen Gründen müssen die Kollegen besonders bemüht sein, unseren Arbeitsnachweis in die Höhe zu bringen. Dieses kann jedoch nur dadurch geschehen, daß jeder Kollege Mitglied des Vereins wird, und den Arbeitsnachweis von Herrmann nicht mehr besucht, denn wenn H. keine Kräfte zur Verfügung sieht und er die ihm ertheilten Aufträge nicht erfüllen kann, so werden auch diejenigen Arbeitgeber, welche jetzt noch Kräfte von H. nehmen, gezwungen sein, unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Auch dürfe die Berliner Kollegenschaft nicht vergessen, daß gerade Herrmann es gewesen ist, welcher die ersten Kräfte herangezogen und nach Zeitzscham geschickt, als die dortigen Kollegen gezwungen waren, die Arbeit niederzuliegen. Die Diskussion über diesen Punkt war eine recht rege und es kam auch die Meinung zur Geltung, ob man nicht den Arbeitsnachweis, damit derselbe den ganzen Tag geöffnet ist, in die Hände eines Kollegen legen könnte. Ein Antrag, welcher angenommen wurde und die ganze Angelegenheit dem Vorstande zur eingehenden Prüfung überwies, brachte Schluß in dieser Sache. Zur Veranstaltung eines gemeinsamen Familien-Ausfluges an einem der nächsten Sonntage wurde ein Komitee von fünf Personen gewählt. Kollege Obier forderte noch auf recht tüchtig für den Besuch des Sommerfestes in Weinmann's Volksgarten zu agitieren, damit der Uebersehbare derselben, welcher der Familie des verstorbenen Kollegen Bastian zu Gute kommen soll, ein recht großer wird. Die nächste Versammlung findet am 17. Juli statt.

Die **Franken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsklassen** (E. H.) hat nach dem letzten Monatsabschluss einen Vermögensbestand von 15804,04 Mark. Die Kasse nimmt Personen ohne Unterschied des Berufes und Geschlechts im Alter von 14—45 Jahren auf, und besichert verschiedene Berufsklassen. Für die geleisteten Wochenbeiträge von 18—60 Pf. wird bei Erkrankungsfällen eine Unterthütung von 4,50 M. bis zu 15 M. gewährt, bei etwaigem Todesfall den Hinterbliebenen ein Begräbnisgeld von 45—150 M. gezahlt. Für Berlin sind 5 örtliche Verwaltungsstellen, wo jederzeit Beitritts- erklärungen entgegengenommen werden, und zwar Berlin I Kassirer C. Schilling, Roppenstr. 48. Berlin II Kassirer J. Schunacher, Mariannenstr. 8. Berlin III Kassirer H. Rudolph, Kolonnenstr. 150a. Berlin IV Kassirer D. Wigel, Hollmannstr. 28. Berlin V Kassirer G. Hundt, Preußwallstr. 17. Charlottenburg Kassirer Fr. Heide, Beckenstr. 147. Ferner in Hauptkassirer Ed. Kellner, Teltowstr. 18a, wo auch jede gewünschte Auskunft erteilt wird. — Es kommt nach obigem Bestand pro Mitglied 15,91 M.

Über **2000 Arbeiterinnen der Wäschebranche** und etwa 100 Arbeiter hielten am Montag eine öffentliche Versammlung in Pipp's Brauerei, am Friedrichshain, unter Vorsitz der Herren Grasshold und Koopmann und der Frau Wagoner ab. Stadt. Heindorf hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über das Thema: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Fabrikantenvereinbarung.“ Nachdem Redner eingehend die aus dem Koalitionsrecht den Arbeitern zustehenden Rechte vor Augen geführt, weist er nach, daß die Organisationsbewegung unter den Arbeitern nicht eine Modekrankheit, sondern ein Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Diese Bewegung werde immer weitere Früchte tragen; sie könne durch nichts aufgehalten werden. Ja, daß sich die Arbeitgeber vereinigen, werde nicht zu einer Herabsetzung der Arbeiterorganisation, sondern dahin führen, daß sich Arbeiter wie Arbeiterinnen immer fester zusammen schließen. Dieser Zusammenschluß sei notwendig gegenüber der immer schlechter werdenden Lage der Arbeiter, die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt sei. Diese Entwicklung habe aber das Gute, daß sie die Arbeiter und Arbeiterinnen die Gleichheit der Interessen lehre. Die Arbeiterinnen hätten eingesehen, daß sie die Genossinnen des Mannes in dem wirtschaftlichen Kampfe sein müssen, daß sie gleiche Löhne fordern müssen, um nicht mehr den Männern Konkurrenz zu sein. Sie werden auch politische Rechte fordern und zu erlangen suchen. Sie werden sich an der politischen Bewegung beteiligen und Schüler an Schüler mit den Arbeitern aller Länder für die Beseitigung der heutigen unhaltbaren Zustände kämpfen, welche auf der einen Seite Millionäre züchtet, auf der anderen Seite Elend unter der Arbeiterbevölkerung schafft. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion weist Herr Wöhning nach, daß die Fabrikanten ein friedliches Zusammenarbeiten mit ihren Arbeitern nicht wollen. Sonst wäre bei der Firma Buchholz nicht eine Plärrin, welche schon neun Jahre lang dort thätig war, ohne Gehört zu werden, auf eine Denunziation der Direktreize, Fräulein Stein, hin sofort entlassen worden, weil sie dem Buchhalter einmal die Wahrheit gesagt hat. In Bezug auf die Fabrikanten-Vereinigung glaubt Redner, daß dieselbe an ihren eigenen Beschüssen zu Grunde gehen werde. Wollte sie ihren Beschüssen treu bleiben, dann müßte sie alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen — und das seien gerade die besten — hinauswerfen. Dann würden aber die Fabrikanten ihre Fabriken schließen müssen, da sie andere Arbeiterinnen nicht erhalten können. Des Weiteren stellt Redner die Handlungsweise einiger Fabrikanten in das gehörige Licht. So läßt jetzt ein Fabrikant die Kragen anders steppen und zahlt seinen Plärrinnen jetzt weniger Lohn als früher, indem er vorgiebt, es sei minderwertige Arbeit. Thatsächlich sei es aber dieselbe Arbeit, nur anders gehemmt. Weiter sei einer Arbeiterin für ein Stück Leinwand im Werthe von 10 Pf., 1,25 M. abgezogen worden. Solches Vorgehen müsse gedehrend gekennzeichnet werden. Herr Wölke (Fabrikant) erklärt, daß er höhere Löhne für berechtigt halte. Daß seine Firma dem Fabrikantenverein beigetreten sei, daran sei er schuldlos. Es solle geändert werden. Er erwerbe sich gern die Sympathie seiner Arbeiter. Nach Schluß der Diskussion wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung gesteht den Fabrikanten das Recht zu, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu organisieren. Sie verdammt es aber aus Ansehung, daß die Fabrikanten gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen vorgehen, welche das ihnen gesetzlich zustehende Vereinigungsrecht benützen und im Rahmen einer Vereinigung dahin trachten, Mißstände abzuschaffen und ihre gedrückte Lage zu verbessern. Die Anwesenden verpflichten sich im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten, alle Arbeiter wie Arbeiterinnen, den Vereinigungen beizutreten. Sie sind der Meinung, daß nur durch geschlossenes Vorgehen der Arbeitnehmer Besserungen für sich erlangt werden können; aus eigenen Kräften thun die Arbeitgeber nichts für ihre Arbeiter.“ Es wird hierauf Stellung zur Gründung eines Vereins der Arbeiterinnen und Berufsgenossinnen genommen. Herr Wöhning begründet dies mit der elenden Lage der Arbeiterinnen, die nur durch geschlossenes Vorgehen Besserung erreichen können. Arbeiterinnen verdienen 10 bis 15 M., aber sie müssen dann die Nacht zur Hilfe nehmen, 1 1/2 Tag arbeiten. Vertriebsfrauen verdienen oft nur 4—5 M. bei einer Arbeitszeit von früh 7 bis Nachts 12 Uhr. Dabei können man bei lebendigem Leibe verhungern. Es wurde darauf die Gründung des Vereins beschlossen und Herr Kleinert, Fr. Hoffmann, Fr. Lehmann und Fr. Boer zur Verabredung der Statuten

gewählt. Nachdem noch Herr Koopmann, Fr. Hoffmann und Fr. Romas in die Central- Streikkommission gewählt worden und der Uebersehbare der Tagesordnung den Greizer Webern und den Hamburger Bauarbeitern je zur Hälfte überwiesen worden, schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Die **Schreiftische** hielten am 23. Juni bei Deigmüller eine Versammlung und nahmen das Resultat der Verhandlungen der Gehilfenkommission mit den Prinzipalen entgegen. Das Resultat ist eine Aufbesserung des Tarifs um durchschnittlich 15 pCt., womit sich die Versammlung einverstanden erklärt. Der Kommission wurde aufgegeben, die endgültigen Abmachungen über die Bestimmungen des Tarifs zu treffen. Sobald die Vereinbarungen schriftlich getroffen und die Pläne von den Elementen genehmigt sind, die die Arbeitseinstellung als den geeigneten Moment betrachteten, sich dem Prinzipal als Helfer in der Noth aufzuspielen, in Wirklichkeit aber ihr werthes Ich im Auge haben, unbekümmert darum, ob sie den als gerecht anerkannten Forderungen der Arbeiter den größten Schaden zufügen, werden die Streikenden nach fünfwöchentlichem Ausstände als Sieger in ihre Arbeitsstätten einziehen.

Die **Magelshände** hielten am 16. Juni bei Heise, Sackenbergstr. 21, eine öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Wichtigkeit einer Streik-Kontrollkommission, Diskussion, event. Wahl eines Delegirten. 2. Streik-Unterstützungsfonds. 3. Verschiedenes. Den Vorsitz führte Kollege Goldt. Nach kurzer Diskussion, in welcher sämtliche Redner sich für die Streik-Kontrollkommission aussprachen, wurde Kollege Albert Wold, Breslauerstr. 10, v. 3 Tr. bei Schulz, einstimmig als Delegirter gewählt. Der zweite Punkt wurde des schwachen Besuchs wegen vertagt. Unter Verschiedenem wurde der Brauerstreik erwähnt und die Kollegen ersucht, nur Bairisch Bier aus den bekannten vier Brauereien zu trinken. Beschlossen wurde noch nur Güte mit Arbeiter-Kontrollmarken zu kaufen und alsdann die Versammlung geschlossen.

Der **Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter** hielt am Montag, den 16. Juni, in Heise's Lokal, Landsbergerstr. 37, seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Paul Litsch über Kapitalistenringe und Arbeiterorganisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Der Referent erzielte lebhaften Beifall für seine Ausführungen. In „Verschiedenes“ wurde den streikenden Greizer Webern und Weberinnen 30 M., ebenso den Hamburger Zimmerern 30 M. aus der Vereinskasse bewilligt. Sodann wurde dem Kassirer Decharge erteilt und die Kontrolleure ihres Amtes entbunden. Dann wurde der Antrag angenommen, zur nächsten Versammlung per Karte einzuladen. Nachdem der Vorsitzende die nächste Versammlung, welche am Montag, den 30. Juni, in demselben Lokale stattfindet, bekannt gemacht hatte, schloß die Versammlung.

Velten. Es wurde dem Töpfer H. Günther aus Velten am 2. Mai d. J. das Bildnis Ferdinand Lassalle's mit der rothen Fahne, welches im Saale des Herrn Gastwirths Brunow in Velten zur Ansicht bereits 6 Wochen ansah, polizeilich ohne Wissen des Inhabers entfernt. Es beschwerte sich der Inhaber desselben bei dem Landrathe von Osthavelland darüber. Die Beschwerde wurde abschlägig beschieden. Eine neue Beschwerde richtete der Inhaber nun an den Regierungspräsidenten, worauf nachstehender Bescheid erfolgte: Nachdem die ungesunde Aufregung in der Vorbereitung des ersten Mai (Arbeiter-Feiertag) sich beruhigt, ist dem Töpfer H. Günther aus Velten das aus dem Brunow'schen Saale polizeilich entfernte Bild zum Privateigentum wieder anzuhändigen. Der Landrath, J. B.: von Bredow.

Fachverein der Tischler. Mittwoch, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Goll's (früher Keller's) Saal, Androstr. 21: Außerordentliche Generalversammlung.

Allgemeiner Metallarbeiterverein Berlins und Umgegend. Donnerstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr, bei Jordan, Neue Grünstraße 23: Große abschließende Versammlung.

Verband deutscher Mälergesellen. (Mitgliedhaft Berlin.) Donnerstag, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Rehtig's Salon, Bergstr. 12: Versammlung.

Central-Frankenkasse der Maurer u. f. w. Grundstein zur Einigkeit. Zahlreiche Charlottenburg. Sonntag, den 23. Juni, Sonntags 10 Uhr, im Kassenlokal Wischardstraße: Große Mitgliederversammlung.

Achtung Verfolger! Mittwoch, den 25. Juni, Abends 8 Uhr, bei Schaffer, Juchstr. 10: Große öffentliche Versammlung der Bergarbeiter, Bergarbeiterinnen und Berufsgenossen.

Verein für Reform der Schule und Erziehung. Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr, Rosenbaldstr. 38. Vortrag des Herrn Dr. Spagier über: „Bellamy's Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1897.“ Bitte sehr will kommen.

Öffentliche Versammlung der Parquetbodenleger Berlins und Umgegend am Donnerstag, den 26. Juni, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Litz-Besohle, 26.

Große Versammlung des Vereins gemeinlicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend am Mittwoch, den 25. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Rehtig's Salon, Nannysstr. 27.

Große öffentliche Versammlung der Holzarbeiter und Berufsgenossen Berlin sowie der in dieser Branche beschäftigten Arbeiter am Mittwoch, den 26. Juni, Abends 8 Uhr, bei Jul. Gasse, Gr. Frankfurterstr. 117.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Custodie beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

O. F. 33. 1. Die für rückständiges Schlafgeld retinirten Sachen können Sie, falls Sie nicht mit dem Schlafburschen sich anderweit einigen, nicht freihändig verkaufen. Sie müssen vielmehr Zahlungsbefehl gegen den Schlafburschen beim Amtsgericht beantragen und dann die retinirten Sachen durch einen Gerichtsvollzieher pfänden und verkaufen lassen.

J. M. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder persönlich an die Redaktion.

O. S. Elisabethstr. Der Vater eines unmündigen Schlafburschen haftet für dessen rückständiges Schlafgeld.

A. 33. 1. Wenn der Unfall dem Polizeipräsidenten mitgeteilt ist, so wird Ihr Entschädigungsanspruch von der Berufsgenossenschaft schon von Amtswegen geprüft. 2. Nehmen Sie die Arbeit wieder auf, sobald der Arzt es erlaubt. 3. Einen Rechtsanwalt brauchen Sie einzuweilen nicht. Wenn Sie von der Berufsgenossenschaft Bescheid erhalten haben, können Sie sich persönlich an die Redaktion wenden.

H. Cörbeater. 1. Sie haben zwar die Möglichkeit, beim Präsidenten des Landgerichts zu beantragen, daß, da kein Rechtsanwalt Ihre Vertheidigung freiwillig übernehmen will, Ihnen ein solcher gemäß § 33 der Rechtsanwaltsordnung beigeordnet wird. Indessen rathen wir davon ab, da ein Anwalt, der nur gezwungen und widerwilling Ihre Vertheidigung übernimmt, Ihnen wohl nicht sehr zuzugewandt wäre. 2. Die Höhe der Kosten für die Revision hängt davon ab, welche Strafe in erster Instanz erkannt worden ist. 3. Ein Zeuge kann zur Verurteilung wohl genügen. Vielleicht können Sie von den anderen Juristern den Einen oder Anderen dem Gerichte als Gegenzeugen vorschlagen. Kommen Sie schriftlich um Ladung dieser etwaigen Zeugen ein, mit der Behauptung, dieselben würden beladen, daß sie in Ihrer nächsten Nähe gewesen seien, die Ihnen zur Last gelegten Worte aber nicht gehört hätten, obgleich sie dieselben hätten hören müssen.

Hawabe Nr. 16. Eine Frau haftet nicht für Schulden des Mannes, auch nicht für Prozeßkosten.

J. O. 32. Der letzte Stich.

C. A., Brunnenstraße. Da die Leute das Kleid anprobiert und wiederprüflos abgenommen haben, so können sie das gezahlte Arbeitslohn nicht zurückverlangen. Lassen Sie es daher ruhig auf die Klage ankommen.

Anton 78. Eine Frau, die ihren Mann verlassen hat, ist natürlich moralisch verpflichtet, ihm die Geburt eines Kindes anzuzeigen. Die Unterlassung dieser Anzeige hat jedoch irgendwelche rechtliche Nachteile nicht zur Folge.

A. G. 12. Da Sie unter den angegebenen Umständen nicht sicher wissen können, an wen die Miete zu zahlen ist, so rathen wir Ihnen, dieselbe bei der Hinterlegungsstelle zu deponieren.

Tokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen unentgeltlich hergeben und bemerkt hierzu, dass dieselbe wöchentlich einmal mit event. Änderungen abgedruckt wird, ferner, dass Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Werner, Sebastiansstr. 72, August Jasinger, Nubensdorferstr. 45, und Otto Heindorf, Langestr. 70, auszugehen haben. Alle event. Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

- Adlerbrauerei, Badstraße.
- Altienbrauerei Moabit.
- S. Bachmann, Dresdenerstr. 45.
- Bergschlossbrauerei, Niddorf.
- Beyer, Neue Grünstr. 14.
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- Böhmisches Brauhaus.
- Böghow's Brauerei.
- Bolzmann, Andreasstr. 26.
- Robert, Weinstr. 11.
- Brauerei Tzoli, Kreuzberg.
- Brauerei Königstadt.
- Brauerei Friedrichshain (Eys).
- Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
- Brauerei Pfefferberg.
- Buggenhagen, Moritzplatz.
- Bürgerfale, Dresdenerstr. 96.
- Konzertpark, Ostend, Frankfurter Allee.
- Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48 a.
- Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
- Eiseller-Etablissement, Chausseestraße.
- Elysum, Landsberger Allee.
- Fenske, Landsbergerstr. 37.
- Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
- Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 79.
- Gnadt, Brunnenstr. 38.
- Gründel, Dresdenerstr. 116.
- Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
- Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
- Heife, Lichtenbergerstr. 21.
- Jenny, Hochstr. 22a.
- Jepdrich's Säle, Weuthstr. 18-21.
- Krich Jlg., Wiltschauerstr. 68.
- Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31-32.
- Josel (früher Keller), Andreasstr. 21.
- Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
- Keller, Bergstr. 68.
- Königshof, Wilowsiraße.
- Klein's Festfale, Oranienstr. 180.
- Klem, Hofenstraße.
- Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
- Krieger's Salon, Wasserhorstr. 63.
- Kublmey's Gesellschaftshaus, Adolinerstr. 17.
- U. Löwens' Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.
- Müller, Johannisstr. 20.
- Neustädtischer Volksgarten, Proskauerstraße.
- Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 68.
- Oeschel, Sebastiansstr. 89.
- Reichert, Müllerstr. 7.
- W. Rehlitz, Bergstr. 12.
- Reng's Salon, Raunynstr. 27.
- Rennsfahrt's Salon, Deenerwist. 13.
- Reyer, Alte Jakobstr. 68.
- Roll, Adalbertstr. 21.
- Ruhland, Moabit Schützenhaus.
- Sachow, Müllerstr. 136.
- Saeger, Grüner Weg 29.
- Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
- Sansouci, Kottbuserstr. 4a.
- Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
- Schloßbrauerei Schöneberg.
- Schneider, Velforsterstr. 15.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schwarz Müller, Kolbergerstr. 23.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Specht (Brauerei-Kaufhaus), Neue Jakobstr. 26.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Antonbrauerei, Hofenstraße.
- Bereinsbrauerei, Nubendorf.
- Viktoria-Brauerei, Kuhowstraße.
- Vittoria-Salon, Berlebergerstr. 13.
- Wollbrauerei (Moabit).
- Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
- Weid, Alexanderstr. 31.
- Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
- Wollschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlschlag, Mantensfelstr. 9.
- Jelt Nr. 1.
- Zenter, Mängstr. 11.

Die Lokalkommission fordert die Berliner Parteigenossen auf, sich streng nach der hier oben veröffentlichten Liste zu richten.

Gerichts-Beitrag.

Ein in großartigem Maßstabe ausgeführter Schwindel nahm gestern die ganze Sitzung der 89. Abtheilung des Schöffengerichts in Anspruch. Da 63 Zeugen geladen waren, so mußte der große Schwurgerichtssaal in Anspruch genommen werden. Aus der Untersuchungshaft wurden die Klauente Emil Otto Krause und Fritz Ernst Stein, sowie der Handlungskaassm. Otto Probst vorgeführt, von denen die beiden ersten gemeinschaftlich 52 vollendete Betrügereien ausgeführt haben sollen, während außerdem alle drei Angeklagte eines versuchten Betruges bezichtigt waren. Der Vorst. führte Messer Schwarz, die Anklage wurde durch Staatsanwalt Jech vertreten. Am 9. Mai d. J. erschien bei dem Milchhändler Klante in der Holzmarktstraße ein gut gekleideter Mann, der sich als Mitinhaber der Infassofirma F. C. Stein vorstellte und sich zum Einlegen der Forderungen empfahl. Er versprach Erfolg, äußerte sich über die Forderungen euphorisch und erzählte Wunderdinge, wie seine Firma selbst noch in solchen Fällen, in denen die gewandtesten Gerichtswollstüber nichts hätten ausdrücken können, die Schuld eingetrieben hätte. Herr Klante hatte nun allerdings in seinen Büchern einige Posten offen, welche zu erhalten er längst aufgegeben hatte. Er gab dem Fremden das Verzeichnis und sagte ihm, er möge sein Geld versuchen. Nun rückte der Letztere aber erst mit den Bedingungen heraus. Das Jahresabonnement bei der Firma F. C. Stein betrage jährlich 25, halbjährlich 13 M. und müsse mindestens der letztere Betrag im Voraus bezahlt werden. Der Besucher leute dem Milchhändler gleichzeitig zwei Papiere

vor, eine Quittung über den halbjährigen Abonnementspreis und eine gedruckte Versicherung, daß dieser Betrag zurückgezahlt werden solle, falls die Forderungen nicht eingingen. Beide Schriftstücke trugen in möglichst auffälliger Weise den Stempel: F. C. Stein, Infasso-Gesellschaft, Eisasserstr. 15. — Trotzdem der Fremde dem Milchhändler mit großer Verehrsamkeit auseinandersetzte, daß derselbe nicht das geringste Risiko laufe, da der Letztere sich doch Bedenklichkeit bis zum folgenden Tage aus. Am Abend begab Klante sich nach der Eisasserstraße, um sich nach der Firma Stein u. Co. zu erkundigen. Da ein Schild sich an dem bezeichneten Hause nicht befand, so erkundigte Klante sich bei dem im Keller wohnenden Grünkrauthändler. Dieser lachte bei der Frage laut auf. Klante erfuhr, daß die Inhaber der Infassogeschäfts zwei durchaus mittellose Kaufleute waren, welche kurze Zeit bei einer Wittve fünf Treppen hoch, in Schlossstraße gelegen und sich ohne Zahlung der Miete heimlich entfernt hatten. Es hätten sich schon viele Leute nach denselben erkundigt. Als der Vertreter der Firma am folgenden Tage bei Klante erschien, ließ dieser ihn verhaften. Es war der Angeklagte Krause, der die Seele des Schwindels gewesen und erst im Februar wegen eines Betruges zu einer noch zu verbüßenden Gefängnisstrafe verurtheilt worden war. Es gelang leicht, seiner beiden Mitschuldigen habhaft zu werden. In 52 Fällen war es Krause gelungen, kleinere Geschäftskleute zur Vergabe von Vorschüssen zu bewegen; konnte er nicht mehr erreichen, so begnügte er sich mit einigen Mark. Natürlich war die Thätigkeit des „Infassogeschäfts“ hiemit beendet. Während die beiden ersten Angeklagten geständig waren, behauptete der Angeklagte Probst, daß er von denselben getäuscht worden sei und sie für die Inhaber einer realen Firma gehalten habe. Die Beweisaufnahme ergab die Schuld aller drei Angeklagten. Der Gerichtshof verurtheilte Krause zu neun Monaten Gefängnis, Stein zu zwei Monaten und Probst zu zwei Wochen Gefängnis. Dem zweiten Angeklagten wurde ein Monat abgerechnet, bei dem Dritten die ganze Strafe für verbüßt erachtet.

Versammlungen.

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis fand am Sonnabend den 21. Juni in den Gratweil'schen Bierhallen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines zweiten Vorstehenden; 2. Vortrag des Stadtverordneten Boghner über Gewerbeschiedsgerichte; 3. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt worden, wurde an Stelle des abgereisten Genossen Fests der Genosse Felgentreff zum zweiten Vorstehenden einstimmig gewählt. Hierauf erhielt der Referent zu seinem Vortrage das Wort. Er kritisierte die Prinzipienlosigkeit der Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche seiner Zeit sofort auf verschiedene grundlegende Stellen, welche in dem von ihnen eingenommenen und dem Polizeipräsidenten zur Verwaltung zugeordneten Entwurf eines Statuts für Gewerbeschiedsgerichte enthalten waren, verzichteten, als der Entwurf deswegen als unannehmbar zurückkam. Redner weist auf die Vortheile des damaligen Entwurfs für Berlin gegenüber dem dem Reichstag zur Zeit vorliegenden hin. Die Ursache dafür, daß man jetzt die Frage der Gewerbeschiedsgerichte von „Rechtswegen“ zu regeln suche, liege in der regellosen Handhabung der jetzt bestehenden Schiedsgerichte. Als Grundlage für einigermaßen legereich wirkende Schiedsgerichte stellt Redner auf, daß die Rechtssprechenden Fachleute sein müßten, welche kein Parteiinteresse bei den Schiedsentscheidungen mitbringen lassen dürften. Redner betont die Zulässigkeit jedes volljährigen Arbeiters zum aktiven Wahlrecht zu den Schiedsgerichten. Nach dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Entwurf soll der Arbeiter zum aktiven Wahlrecht erst mit dem fünf- und zwanzigsten, und zum passiven erst mit dem dreißigsten Jahre zugelassen werden; trotzdem man schon dem Neunzehnjährigen alle Pflichten eines Staatsbürgers aufbürde, solle er mit einundzwanzig Jahren noch nicht zu einem Gericht, welches nur Fachkräftigkeiten zu entscheiden habe, wählen dürfen, und mit 25 Jahren, welches Alter doch zum mindesten hier angebracht sei, sich in das Schiedsgericht wählen lassen. Es sei hier von der Regierungseite bloß maßgebend, dem Arbeiter so lange wie möglich, auch seiner kleinsten Rechte zu berauben. Man sehe in der Armee und im höheren Staatsdienst junge Leute, Söhne von bevorzugten Klassen angehörnden Eltern, bedenkend verantwortungsvollere Posten einnehmen. Referent kritisiert das Verhalten der Regierung der event. Wählbarkeit der Frauen gegenüber. Ihnen wird unter anderem die Befähigung abgesprochen, in solchen Schiedsfragen mit Recht sprechen zu können, während doch die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche sie als Arbeiterin mit dem Manne habe, sie wohl dazu befähigten. Redner weist noch auf die Unzulänglichkeit der bestehen bleibenden Innungs-Schiedsgerichte hin und schließt: der Arbeiter verlange ordentliche, in seinem Interesse stehende Gesehe, oder gar keine. Er darf sich nicht von der Erstrebung seines Endziels, dem Sozialismus, abhalten lassen. Auch die breiten Gesehe können ihm lange nicht das bieten, was ihm zukommt. Man müsse sich darüber klar werden, daß sie bloß ein Werkzeugs-mittel darstellen und ein Gegengewicht gegen den jetzt so schroff in Erscheinung tretenden Kapitalismus bilden sollen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse gehen unentwegt dem Sozialismus zu. (Beifall.) An der auf den Vortrag folgenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Wach, Feldmann und Zäckerow. Nach dem Schlusswort des Referenten wurde ein Antrag angenommen, daß vorläufig mindestens alle vier Wochen eine Versammlung stattfinden solle und wenn die Nothwendigkeit vorhanden, auch in kürzeren Pausen. Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

Eine große öffentliche Versammlung sämtlicher in den Glace- und Kartonpapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Donnerstag, den 19. Juni, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10. Die Tagesordnung lautete: 1. Welche Bedeutung haben die Streiks für die Arbeiter? Referent: Herr W. aus Gera. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. Da der Referent nicht erscheinen konnte, so hielt Herr Häbich an dessen Stelle den Vortrag. Referent erläuterte den Anwesenden, daß der Streik noch für die meisten Gewerkschaften unentbehrlich sei. Die Arbeiter werden durch Noth, lange, anstrengende Arbeit und schlechte Löhne dazu gezwungen werden. Ein Streik sei aber nur dann zum Nutzen der Arbeiter, wenn mindestens zwei Drittel der betreffenden Gewerkschaft einer Organisation angehören. Wenn der Streik richtig angewendet und durchgeführt wird, so ist er in allen Fällen nützlich für die Arbeiter. Wenn nun in der letzten Zeit viele Streiks zu Wasser geworden sind, so liegt der Grund darin, daß eben zu viele Gewerkschaften streikten und die Unterthänigkeit nur scheinbar eintraten konnte. Außerdem seien noch viele Streiks unterdrückt worden durch falsche Gerichte, welche Blätter brachten, die von den Fabrikanten gekauft waren. Es sei deshalb Pflicht aller Arbeiter, die Presse näher in Augenschein zu nehmen und nur Arbeiterblätter zu lesen. In der Diskussion

sprach Herr Beyer und wies darauf hin, daß die Kapitalisten das Koalitionsrecht viel besser für sich in Anspruch zu nehmen wissen als die Arbeiter. Nachdem der Versammlung der Zweck der Streik-Kontrollkommission vor Augen geführt war, wurde zur Wahl von Delegirten geschritten und wurden drei Personen dazu gewählt. In „Verschiedenes“ machten die Herren Hübenthal und Höhne bekannt, daß die Arbeiter der Firma Trapp u. Münch mit einer Lohnforderung an besagte Firma herangetreten sind, worin es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und dem entsprechenden Lohnzuschlag handelt. Da der Fabrikant diese Forderungen rundweg abgelehnt hat, so sind sie entschlossen, am Sonnabend die Arbeit niederzulegen und baten die Anwesenden, diese Forderungen anzuerkennen und sie materiell zu unterstützen. Hierauf wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen: „Die heutige Versammlung der Glace- und Kartonpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt die Forderung der Arbeiter der Firma Trapp und Münch für gerecht und verpflichtet sich die Arbeiter anderer Firmen, überall da die Arbeit niederzulegen, wo Arbeit für die Firma angefertigt wird, sowie die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen nach Kräften zu unterstützen. Außerdem verpflichten sich noch alle Anwesenden, nur Arbeiterblätter zu lesen.“ Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und Umgebung tagte am Donnerstag, den 19. Juni in der Königsbank, Frankfurterstraße unter Vorsitz der Herren Pfeiffer, Duoyer und Witteich. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Arbeiterchuh-Gesehe und der Werth der Organisation der Arbeiter. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Förster. 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Da nach Eröffnung der Versammlung der Referent noch nicht erschienen war, so wurde zunächst über den zweiten Punkt der Tagesordnung verhandelt, und wurde folgendes beschlossen: Da der bisherige Vertrauensmann H. Hoppe aus der Bewegung der Bäcker Berlins laut Versammlungsbeschluss ausgeschlossen ist, keinen Vertrauensmann für Berlin wiederzuwählen, da man eingesehen habe, daß die bestehende Geschäftsleitung in der Bewegung der Bäcker ein richtiges Zwitterding sei und wolle man dahinstreben, die ganze Geschäftsleitung auf dem nächsten Kongress zu beseitigen. Mittlerweile war der Referent erschienen. Derselben wurde nun sofort das Wort zu seinem Referat ertheilt. Er erörterte ungefähr folgendes: Nicht allein in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern besaße man sich mit der Frage der Arbeiterchuh-Gesehe. Doch wolle man sich die einzelnen Paragraphen ansehen, so finde man, daß diese Gesehe lange noch nicht dazu angethan sind, um den wirtschaftlichen Schwächeren gegen die maßlose Ausbeutung der Kapitalmacht in hinreichendem Maße zu schützen, sondern die §§ 152 und 153 seien eher dazu angethan, den Unternehmern einen Schutz zu gewähren. Dieses würde aber nicht besser werden, wenn der Arbeiter auf diese Dinge mit Gleichmuth ansähe. Als anderen Parteien thäten jetzt so, als wenn sie es wären, welche für das arbeitende Volk soziale Reformen schaffen wollten; das läme aber daher, daß man eingesehen habe, daß die Arbeiter eine Macht sind, mit der man rechnen muß. Die Arbeiter dürften jedoch nun nicht die Sache gleichgiltig ansehen, sondern immer fester und fester in jedem einzelnen Gewerk zusammenstehen und seine Stimme gegen die gesehgebenden Faktoren erheben, denn so lange der Arbeiter ruhig ist, fühlt man sich in diesen Kreisen garnicht veranlaßt, auch nur das Geringste für den Arbeiter zu thun. Hierauf schloß Redner mit dem Hinweis, sich fest zu organisiren, da vereinzelt in keiner Hinsicht etwas erreicht wurde. — Kollege Hoff forderte die Kollegen auf, sich nicht an diesen oder jenen Führer zu hängen, da hierdurch nur die Entzweiungen größer würden. Wir wollen nur einen Verband haben, und dieses sei der Verband der Bäcker und Berufsgenossen und er bitte die Kollegen, sich dieser Richtung anzuschließen. Ein Antrag des Kollegen Milde, die Kollegen Pfeiffer und Schlüter, ebenfalls wie Herrn Hoppe, aus der Bewegung auszuschließen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Ferner wurde folgende vom Kollegen Schlüter eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Ferner erklärt dieselbe der Kommission des Deutschen Reichstages zur Verhinderung des Arbeiterchuh-Gesehes, indem der Reichstagsabgeordnete A. Bebel der Kommission die Behandlung der Bäckerchuh-Gesehe antrug, worauf von dem Abgeordneten Dr. Krause entgegnet wurde, diese Zustände wären nicht so schlimm, — daß diese Zustände überhaupt jeder Beschreibung spotten.“ Hierauf schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung.

Eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins tagte am Donnerstag, den 19. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72, unter Leitung der Kollegen Gahmann, Noack und Deubder. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die Lage der freitrenden Bauarbeiter Deutschlands, speziell Hamburgs und Stettins. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Bauarbeiter zur Wahl einer Central-Streik-Kontrollkommission? 4. Verschiedenes. — Zur größten Freude der Versammlung war nach einer Einladung der Reichstagsabgeordnete Herr Meißner (Hamburg) erschienen, um über den 1. Punkt der Tagesordnung zu referiren. Redner führte an, daß der Kampf, welcher den Hamburger Bauhandwerkern und den Bauarbeitern von der Unternehmerrasse ausgebrochen worden ist, ein sehr schwerer ist, weil von dem Unternehmerrthum, mit welchem die Polizei Hand in Hand geht, alles ausgeboten wird, um die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen und ihre Organisation zu sprengen. Diese ist schon von Anfang ihres Bestehens ihnen ein Dorn im Auge und gerade daraus ist zu sehen, welchen Nutzen eine Organisation den Arbeitern bietet, denn nur allein dadurch ist es möglich, unsere gerechten Forderungen dem Kapital gegenüber durchzuführen. Einzeln sind wir machtlos und wir werden wie die Spreu im Winde verweht und gerade hier möchten sich diejenigen Arbeitermassen, welche uns noch indifferent gegenüberstehen, ein Beispiel daran nehmen und einsehen lernen, daß sie durch ihren Unverstand dem Kapital eine Waffe schmieden. Sie werden zu einem willenlosen Werkzeug des Kapitals, sie werden zum Verbrecher an ihrer eigenen Familie. Redner wies durch Zahlen nach, wie viel Arbeiter auf den Bauten in Hamburg arbeiten, wie viel ihre Forderungen durchgebracht haben, wieviel nicht, und wie viel zu Streikbrechern geworden sind. Darum forderte der Redner mit warmen Worten die Versammlung auf, für unsere darbedenden Brüder einzutreten und sie nach Kräften zu unterstützen, damit sie nicht zur Freude des Unternehmerrthums in ihrem Kampfe unterliegen, sondern als Sieger glorieich hervorgehen. Ihr Sieg ist auch unser Sieg, darum beherzigt es ein Jeder und werje sein Eherlein, und sei es noch so wenig, für die darbedenden Kämpfer ab. Hiermit schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zur Diskussion sprach als erster Redner Kollege Remthaler über den Berliner Streik im vorigen Jahre und führte an, daß die Bau-gewerks-Innung einen Stundenlohn von 50 Pf. für eine gerechte Forderung hielt, es ihr aber gar nicht eingefallen sei, diesen Lohn zu zahlen, sondern die Hungerlöhne von 30 Pf. immer noch ruhig weiter gezahlt habe. Kollege Wernau

fährte der Versammlung vor Augen, wie es die Hamburger Polizei mit einem streikenden Zimmerer gemacht hat, welchen sie nach dem Stadthause zitiert habe und ihn gegen seinen Willen, wie einen gemeinen Verbrecher, photographirt habe. Kollege Marasch erwähnte die gegenwärtige Militärvorlage im Reichstage, im Falle diese abgelehnt werden sollte und der Reichstag aufgelöst würde, so müßten nicht nur 1 1/2 Millionen Wähler hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten stehen, sondern 2-3 Millionen. In seinem Schlusswort ging Herr Wegner auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. Der erste Redner sprach von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit; darauf erwiderte der Herr Referent, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit niemals zu Stande kommen wird, denn es sind zwei Körper, die in einem fortwährenden Reiben bleiben. Auf die Andeutung des photographirten Zimmerers meint Redner, daß es nicht nur dieser eine Fall sei, sondern, daß

es mindestens deren ein Duzend wären. Die Sache werde überhaupt im Reichstage zur Sprache kommen. Unter nochmaliger Aufforderung, nach Kräften für die streikenden Arbeiter einzutreten, endete Redner sein Schlusswort. Nochmals brausender Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Da der Kapitalismus in Hamburg es sich zur Aufgabe gemacht hat, unsere gesammten Arbeitsbrüder durch Gewalt zu direkten Arbeitsklaven zu machen, d. h., daß sie keiner Vereinigung angehören, keine Forderung stellen, kurzum mit allem zufrieden sein sollen, was ihnen von Seiten dieser Paschajippe gestellt wird, erachten es die gesammten Bauarbeiter für ihre heiligste Pflicht, die Hamburger Kollegen in ihrem schweren Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, damit sie nicht dem Uebermuth des Kapitalismus unterliegen, sondern siegreich aus dem Kampfe, der ihnen aufgedrungen ist, hervorgehen. Nach der Abstimmung forderte der Vorsitzende die Versammlung auf, auch ihr

Muth treu zu halten und für die Streikenden einzutreten. Hieran wurden die Kollegen Krenthaler, Bernau und Gahmann in die Zentral-Streikkommission gewählt. Ferner wurden noch 7 Vertrauensleute gewählt und zwar für den Osten die Kollegen Karl Randale und Johann Mahron; für den Westen Paul Meinas, Ernst Meinas und Gustav Hartleb; für den Norden Wilhelm Bernau und Hermann Eberich, so daß für ganz Berlin jetzt 17 Vertrauensleute sind. Kollege Wilhelm Kühn wurde seines Amtes als Vertrauensmann entzogen, weil er sich mehrere Unregelmäßigkeiten hat zu Schulden kommen lassen. Zu „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, die Tellerammlung nach Schluß der Versammlung fortzusetzen und den vollen Betrag der Agitationskommission zur Unterstützung der Streikenden zu überweisen. Mit einem dreimal donnernden Hoch auf das Gelingen der internationalen Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Allen Denen, welche sich an der Beisezung des früheren
Brauereibesizers Ernst Hillig
betheiligt haben, erlauben wir uns, hiernit unsern aufrichtigsten, innigsten Dank auszusprechen.
Wir bitten, dem theuren Entschlafenen ein liebevolles Andenken zu bewahren.
Berlin, den 24. Juni 1890.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Die Testaments-Vollstrecker.
Hornmuth. Leder.

Fachverein der Tischler.
Mittwoch, den 25. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Joël's** (fr. Keller's) Sälen, Andreasstr. 21:
Ausserordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns z. Einführung d. Werkstatt-Vertrauensmänner-Systems?
2. Verstärkung der Werkstatt-Kontrollkommission eventuell Neufunktionierung derselben nach Branchen.
3. Anträge, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten.
Der wichtigste Tagesordnung wegen sind sämtliche Mitglieder verpflichtet, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vorstand.**
NB. Diejenigen Mitglieder, welche noch in Besitze von Billets sind, werden ersucht, mit dem Billetausgeber abzurechnen.

Oeffentliche Versammlung
der **Parquetbodenleger Berlins und Umgegend**
am **Donnerstag, den 26. Juni cr., Abends 8 Uhr,**
in **„Feuerstein's Lokal“**, Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung über die Sperre der Firma Meier Levi (Passauer Stad- und Parquetfabrik).
2. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Parquetbodenlegers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission.

Große öffentliche Versammlung
der **Lederfärber und Berufsgenossen**
am **Mittwoch, den 25. Juni,**
bei **Schwarmüller, Kolbergerstraße 23.**
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf um's Dasein. — 2. Diskussion. — 3. Wahl einer Streik-Kontrollkommission. — 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Gäste sind willkommen.
Der Einberufer.

Achtung Vergolder!
In der heut Abend bei Schaeffer stattfindenden Versammlung wird unter „Verschiedenes“ die Abrechnung des Methlow'schen Streik bekannt gegeben.
Das Streik-Comité.

Wassboden-Glasur-Lack-Farbe
trocknet in 4-5 Stunden hart und glänzend, macht das Ueberlackieren überflüssig. Das unangenehme Kleben ist vollständig ausgeschlossen. Nasses Witterung hat keinen Einfluss auf meine Farbe. Aufträge führe nur gegen vorherige Einwendung des Betrages oder gegen Nachnahme aus. Preis 4 Pfund 75 Pfennige.
R. J. Suter,
Berlin N.,
Zionskirchstr. No. 44,
Kastanien-Allee No. 63.
7011 Für Berlin:
Von 5 Pfund an frei ins Haus
Telephon: IIIa 97. 8521.

TIVOLI.
Ausschank der Tivoli-Brauerei.
J. May's Fest-Säle,
Beuth-Strasse 21-22.
Grosse, mittlere, kleine Säle zu Hochzeiten, Versammlungen etc. zu billigen Bedingungen, einschliesslich des **Prachtsaals** des Vereins junger Kaufleute.
Grosse Restauration, Mittagstisch zu kleinen Preisen.

H. Guttman, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungstempel, Medaillonstempel mit Lassalle, Bebel, Liebknecht u. a. m. zu ermäßig. Preis. Monogramme, Schablonen, Thürschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Durch die Expedition, Beuthstr. 3,
zu beziehen:
Die Darwin'sche Theorie. Von **Dr. Eduard Aveling.** Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—.
Karl Marx' Oekonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von **Karl Kautsky.** Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2.—.
Weltschöpfung und Weltuntergang. Die Entwicklung von Himmel und Erde vom Standpunkt der Naturwissenschaften dargestellt von **Oswald Köhler.** Broschirt M. 2.—. Gebunden M. 2,50.
Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Auflage. Nach dem Russischen des **Kablukow.** Brosch. M. 1.—. Geb. M. 2.—.
Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung von **Karl Kautsky.** Broschirt M. 2.—. Gebunden M. 2,50.
Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Von **August Bebel.** Brosch. M. 2.—. Geb. M. 2,50.
Das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung. Von **Max Schippel.** Brosch. M. 1,50. Geb. M. 2.—.
Die französische Revolution. Von **Wilhelm Bloß.** Gebunden in **Prachtband** à Exemplar M. 5,50. Broschirt in 20 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.
Die Geschichte der Erde. Von **R. Bommell.** Gebunden in **Prachtband** à Exemplar M. 5,90. Broschirt in 22 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.
Berliner Arbeiter-Bibliothek. Von **Max Schippel.** Serie I. Heft 1: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick. Von Bellamy). Heft 2: Der Ruhm der Gewerkschaften. Von Max Schippel. Heft 3: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Jettin (Paris). Heft 4: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Jettin-Paris. Heft 5: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Jettin-Paris. Heft 6: Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampfmeyer-Gens. Heft 7: Junker und Bauer. Von Paul Kampfmeyer-Gens. Heft 8: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. Heft 9: Die Marx'sche Werththeorie. Von Paul Fischer-London. Heft 10: Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Heft 11: Die soziale Frage auf dem Lande, I und II. Von Paul Kampfmeyer-Gens und *.. Heft 12: Die Arbeiterschutzesetzgebung. Von Paul Ernst-Berlin. Serie II. Heft 1: Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Von Hans Müller-Rostock. Heft 2: Die antisemitische Bewegung. Von Gerhard Strauß. — Preis pro Heft 15 und 20 Pf. Einbanddecken à 30 Pf. Serie I, geb. M. 2,50.
Die Arbeiterinnen-Bewegung Berlins. Von **A. Berger.** a Heft 30 Pf.
Ferdinand Lassalle, eine Gedenkschrift zu seinem 25jährigen Todesstag. Von **Max Kegel.** a 50 Pf.
Gesetz der Alters- u. Invaliditäts-Versicherung. Von **A. Bebel** und **P. Singer.** Preis cartonnirt M. 0,50.
Lichtstrahlen der Poesie. Gedichtsammlung von **Max Kegel.** Illustriert von **O. E. Lau.** Elegant geb. M. 3,50.
Liebknecht, W., Volks-Fremdwörterbuch. Sechste Auflage. Gebunden M. 3.—, broschirt in 12 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à 30 Pf.
—, **Robert Blum und seine Zeit.** 2. Auflage. Broschirt in 6 Hefen à 25 Pf. Dazu Einbanddecke à 35 Pf.
—, **Ein Blick in die Neue Welt.** Elegant gebdn. M. 3.—.
—, **Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris.** Deutsche Uebersetzung. 140 S. Broschirt 50 Pf.
Stern, J., Die Religion der Zukunft. Dritte vermehrte Auflage. Broschirt M. 0,50.
—, **Halbes und ganzes Freidenkerthum,** Zeit- und Streitschrift. 2. Auflage. Broschirt 15 Pf.
—, **Thesen über den Sozialismus.** 3. Auflage. Broschirt M. 0,30.
—, **Die soziale Krankheit, ihre Ursachen und ihre Heilung.** 2. Auflage. Broschirt 30 Pf.
Die Klassengesätze von 1789. Von **K. Kautsky.** a Exemplar 50 Pf.
Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Achtstundentag. Von **Karl Kautsky.** Broschirt 30 Pf.
Die Sonntags-Arbeit. Von **A. Bebel.** 2 Hefte. Brosch. M. 1.
Die Mohamedanisch - Arabische Kulturperiode. Von **August Bebel.** 2. Auflage. Broschirt 50 Pf.
Sybil. Roman v. **Disraeli,** übersetzt v. **Natalie Liebknecht.** Brosch. M. 1.
Die Ritter der Arbeit. Nach dem Amerikanischen des Jor von **Natalie Liebknecht.** Brosch. M. 0,75.
Wilde Blumen. Gedichtsammlung von **Adolph Lepp.** Broschirt M. 2.—.

Rheinländischer Tunnel,
gen.: „Die fidele Nagelkiste“,
Berlin N., Elsfasserstraße 73,
gegenüber der Bergstraße.
Im Lokal photographisches
Atelier zur Benutzung. — Jeder
Gast, auch wenn derselbe nur für
10 Pfennige verzeht, wird
gratis photographirt
und erhält sein Bild sofort als
Gratispräsent. Höchst scharfhaft!
H. Schultze (mit'n S).
Eingige Keller-Photographie
der Welt. 1940

Mittagstisch m. Bier 50 Pfennige.
E. Völcker's Bierhaus, Falkensteinstr. 11.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spanbauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt scharf brennende
Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
bestehende Rohtabake sind am
1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6,
am Fackel'schen Markt.

Mur 1 Mark
Liefert jede Uhr zu reinigen
unter Garantie. Bei allen
Reparaturen wird der Preis
vorher gesagt.
Otto Eieser,
Uhrmacher (Nachmann),
Mannstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Eisenwaaren, Werkzeuge,
Saas- und Küchengeräthe
E. Vogtherr, Berlin C.,
Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl.
(Sonntags geschlossen.)

Tüll-Gardinen,
Fenster 2, 3, 5, 8 M. Stores 1 M.
Fabrikverlauf **Zimmerstr. Nr. 86**
Hof pari.

Im Tuchgeschäft
Prinzenstr. 53,
gegenüber der Turnhalle:
Herrn- und Knaben-
Anzüge, Paletots,
sowie **Damenkleider etc.**
Auf Wunsch auch gegen
Ehrlohnungen. 2068

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanischer
Tabak. Rippentabak 2 Pf. 60 Pf.
234
H. F. Dinslage,
Kottbuserstraße 4, Hof part.

Echt Kroschberger Schnupf-
tabak aus Hameln, allen Schnupfern
als **kräftig und bekömmlich**
bestens empfohlen, bei
Robert Schnell, Wallstr. 11.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof partier.
Zahlung nach Uebereinkunft.

Sede Uhr
zu repariren und zu reinigen kostet bei
uns unter Garantie des Gutgehens nur
1 M. 50 Pf. (außer Bruch). Keine
Reparaturen billiger. Lager aller Arten
neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf
zu erstaunlich billigen Preisen.
E. Rother & Stoiz, Uhrmacher,
Andreasstr. 62, Chausseestr. 78,
Alte Schönhauserstr. 25.

Ein tüchtiger Werkzeugmacher,
welcher selbständig alle Arten Polir-
sions-Werkzeuge für Revolverbänke an-
fertigen kann, wird als
Vorarbeiter
in dauernde Stellung gesucht.
Gefällige Offerten unter **R. T. 10**
befördert die Exped. d. Bl.